



MECKLENBURGER AUFBRUCH

Unabhängige Wochenzeitung · 2. Jahrgang · Nr. 21 · 29. Mai 1991 · 0,80 DM.

Seite 2
**Das Menetekel
von Tschernobyl**

Seite 4
**Grenzen der
Mieterhöhung**

Seite 6
**„Ossiland
ist abgebrannt“**

Seite 7
**Zeichnungen
par excellence**

Seite 9
**Vetternwirtschaft
und Eigennutz**

Seite 10
**Autobahnbau
kommt näher**

Stunde der Wahrheit

Die gute Nachricht zuerst: 1500 neue Arbeitsplätze hat das Handwerk des Kammerbezirks Schwerin in den letzten Monaten geschaffen, über tausende neue, kleine Betriebe sind gegründet worden, hauptsächlich im Bausektor. Ähnliche Zahlen sind auch aus anderen Kammerbezirken des Landes zu vermelden. Kleine Lichtblicke, an die sich viel Hoffnung knüpft. Vor allem für die, und das ist die schlechte Nachricht, die jetzt von den Arbeitslosigkeit betroffen werden. Und das werden mehr als 1500 Menschen sein. Am 1. Juni läuft der Kündigungsschutz aus. Folge: Massenentlassungen in den großen Betrieben. Wo werden es allein im Platmaschinenwerk Schwerin sein. Wieviele werden es auf den Werfen in Rostock, Arnemünde oder Wismar treffen? Schnell sind da einige Zehntausend zusammen, die sich auf eine längere Arbeitslosigkeit gefaßt machen müssen.

Die Treuhand beginnt, ganze Betriebe zu liquidieren, die beim besten Willen weder zu verkaufen, noch zu sanieren sind. Was bisher nur schleppend angegangen wurde, tritt damit ein. Denn daß Entlassungen und Liquidierungen nötig sind, war lange bekannt. Nun kommen

die schmerzlichen Schnitte alle auf einmal. Das ist für die Betroffenen hart, dennoch das Damoklesschwert „Arbeitslosigkeit“ schwebt nicht weiter über ihnen, Verharren in der Schwebelage bedeutet für viele die Lähmung ihrer eigenen Aktivitäten.

Auch die politisch Verantwortlichen kommen aus der Rolle der Nachlaßverwalter heraus; sie haben endlich Kopf und Geld frei, werben für neue Anfänge, jedenfalls dürfen wir das hoffen. Es macht Sinn, daß in diesen Tagen verstärkt über die Möglichkeiten der Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) nachgedacht wird. Mit den ABM gibt es ein Instrumentarium durch staatliche Hilfen, Zeiten der Beschäftigungslosigkeit zu überbrücken. So haben in Schwerin Treuhand, Arbeitsamt, sowie die verschiedenen Kammern mit Stadt und Landkreis einen Aufbaustab gebildet. Um nach mehr Anwendungsmöglichkeiten und vor allem nach Trägern für ABM-Projekten zu suchen, ist ein Ideenwettbewerb ausgerufen worden. Ob die ausgelobte Bootsfahrt mit dem Oberbürgermeister die Phantasie beflügelt, wer weiß. Eigentlich sollte das Wissen um das Problem reichen, alle Kreativität bei möglichen Trägern zu wecken. **rm**



Seemannskirche Prerow

Foto: Rainer Cordes

Kinderschicksale

Mit Betroffenheit wurde in der vergangenen Woche auf das Bekanntwerden von Zwangsadoptionen in der DDR von Seiten der Politiker reagiert.

Es ist in der Tat wieder ein übles Kapitel DDR-Geschichte mit diesem Thema angerührt worden. Unter all den Meldungen über die erwartete Wirtschaftskatastrophe und der Stasibelastungen von Parlamentariern, kommt mit dem Bekanntwerden einiger Kinderschicksale ein Moment der Anteilnahme an dem Leben von Opfern an die Oberfläche.

Verwundern muß den Betrachter dabei nur die Tatsache der Verdrängung dieses Themas. Hat es wieder einmal niemand gewußt? Noch nie gehört, daß es solche Maßnahmen gab? Mich wundert die Erschütterung der Politiker und die sensationelle Aufge-

brachtheit in den Medien.

Die Fernsehsendung „Das ZDF-Magazin“ beschäftigte sich in den 80er Jahren fast ausschließlich mit Opfern des DDR-Regimes. Auch wenn diese Sendung nicht zu den Sternstunden am Medienhimmel zählte, von Zwangsadoptionen und Müttern, die ihre Kinder suchten, hat sie unüberhörbar berichtet. Haben damals die Verantwortlichen diese Nachrichten als Propaganda abgetan, weil sie nicht in die Zeit paßten? Demonstriert man heute so viel Betroffenheit, um von den Unterlassungen der Vergangenheit abzulenken?

Kinder wurden ihrer Identität beraubt, Menschen verschwanden in Gefängnissen und — wir sind nicht auf die Straße gegangen. Das macht mich betroffen.

Regine Marquardt

Hoffnung für Äthiopien — nach Mengistus Sturz?

Der äthiopische Staatschef Mengistu Haile Mariam hat sein Land fluchtartig verlassen. Der Nachfolger des von ihm 1974 gestürzten Kaisers Haile Selassie, hat das Land als Diktator mit brutaler Gewalt regiert. Bürgerkrieg und Mißwirtschaft waren die ständigen Folgen seiner Politik. Der militärische Konflikt mit der Unabhängigkeitsbewegung in Eritrea und die Auseinandersetzung mit dem Nachbarn Somalia um die Ogaden-Provinz ließen die Menschen nicht zur Ruhe kommen.

Auch die sehr umstrittene Umsiedlungspolitik vieler Hunderttausender aus den Aufstandsprovinzen in den Süden des Landes hat die Unabhängigkeitsbewegung nicht stoppen können. Doch das schwerwie-

gendste Übel seiner Politik war: Der Hunger in Äthiopien konnte nicht gestoppt werden, weder durch eigene Anstrengung noch durch die Organisation internationaler Hilfe. In keinem anderen Land dieser Hungerregion waren die Folgen für die Bevölkerung grausamer.

Der Diktator ist gegangen. Sein Abgang erinnerte aber auch an die beschämende Solidaritätspolitik unser einstmaligen Mächtigen. Weil Mengistu vorgab als Marxist zu regieren, war Äthiopien ein Bruder Volk geworden, dem man Solidarität schuldet. Wie „hilfreich“ diese für die Menschen war, zeigte das Gastgeschenk, das Erich Honecker anlässlich seines Staatsbesuches mitbrachte: Ein riesiges Marx-

Monument. Kurz danach war dann die erste Hungerkatastrophe, der fast eine Millionen Menschen zum Opfer fielen, nicht mehr zu vermeinlichen.

Wirkliche Lebenshilfe haben dann andere leisten müssen. Auch daran muß beim Abgang Mengistus erinnert werden. Hohles und menschverachtendes Pathos hat unter uns viele Menschen geblendet, der „Solibeitrag“ hat das Gewissen beruhigt, wiewohl er nur mürrisch gezahlt wurde — wohin die Gelder zu großen Teilen flossen, wissen wir durch den Tischprozeß.

Die Monumente sind gestürzt, eine Ära geht zu Ende, auch in Afrika, haben wir jetzt mehr als gute Worte für die Menschen, die weiter hungern? **H. Panse**

Der Demokrat

In der Vergangenheit war „Der Demokrat“ für viele eine Alternative zur SED-Presse, daß diese Zeitung nur gewisse Akzente anders setzte, schaffte ihr einen sicheren Leserkreis. Er war klein, aber treu.

Daß „Der Demokrat“ jetzt sein Erscheinen einstellen muß, ist in einer Hinsicht ein positives Zeichen: Ihm wir das Blockparteien-Dasein nicht honoriert wie seiner Partei.

Dennoch die Medienlandschaft wird ärmer, das Zeitungssterben geht weiter. Neben Superzeitungen bleibt immer weniger Platz für Nachdenkliches. **rm**

Politik

§ 218

Keine Strafanzeige für Männer mehr!

Bis Ende 1992 muß eine gesetzliche Neuregelung für den Schwangerschaftsabbruch gefunden sein — so verlangt es der Einigungsvertrag.

Im alten Westen hatten sich die meisten Frauen mit der Indikationslösung arrangiert. In den SPD-Ländern wurde sie als Fristenlösung angewandt und in den CDU-Ländern als verschärfte Indikationslösung mißinterpretiert. Im alten Osten war der Schwangerschaftsabbruch straffrei. In dieser einen Frage muß die Einheit von Ost und West schnell in einem neuen Konsens hergestellt werden. Alles ist noch offen: möglich ist die Verschlechterung der alten Regelung im Westen, aber auch die Übernahme des alten DDR-Rechts. Im Bundestag ist der Fraktionszwang in dieser Frage aufgehoben. Erstaunlich ist, daß die Frauen selbst bisher schweigen, während die Parteien ihre Entwürfe in der Öffentlichkeit erörtern: Die F.D.P. will eine „modifizierte Fristenlösung mit Zwangsberatung“. Die grundsätzliche Strafanzeige gegen die Frauen, die abtreiben, bleibt aber erhalten, nur wer in den ersten zwölf Wochen nach einer Zwangsberatung bis zu drei Tagen vor dem Eingriff abtreiben läßt, bleibt straffrei. Ergänzt wird dieser Vorschlag durch eine Vielzahl sozialer Hilfen, wie z.B. kostenlose Verhütungsmittel, gesetzlich garantierte Kindergartenplätze und ein Erziehungsgeld für Mütter und Väter ...

Die SPD weiß nicht so genau, was sie will. Eine Mehrheit aber hat den Entwurf eines „Schwangerenhilfegesetzes“ vorgelegt. Beratung ist hier keine Pflicht der Frauen, sondern ihr Recht. Jede Strafanzeige wollen die Sozialdemokraten aufgeben. Bestraft wird nur der Arzt, der nach der zwölften Woche noch eine Abtreibung vornimmt. Eine frauenfreundliche Fristenlösung wäre das.

In der CDU ist alles noch unklarer: Frau Süßmuth verbindet in ihrem „Lebensschutzgesetz-Entwurf“ eine verfassungsrechtliche besonders starke Sicherung allen ungeborenen, behinderten und sterbenden Lebens mit einer Zwangsberatung und der Möglichkeit einer verschärften Notlagenindikation bis zur zwölften Woche.

Die CSU will ein generelles Verbot jeglicher Abtreibung.

PDS/Linke Liste und Bündnis 90/GRÜNE treten für die generelle Freigabe des Schwangerschaftsabbruches ein.

Der Bundesverfassungsrichter Mahrenholtz hat kürzlich erklärt, daß sein Kollegium bereit sei, das verfassungsgerichtliche Verbot der Fristenlösung im Lichte der veränderten politischen Verhältnisse zu überprüfen.

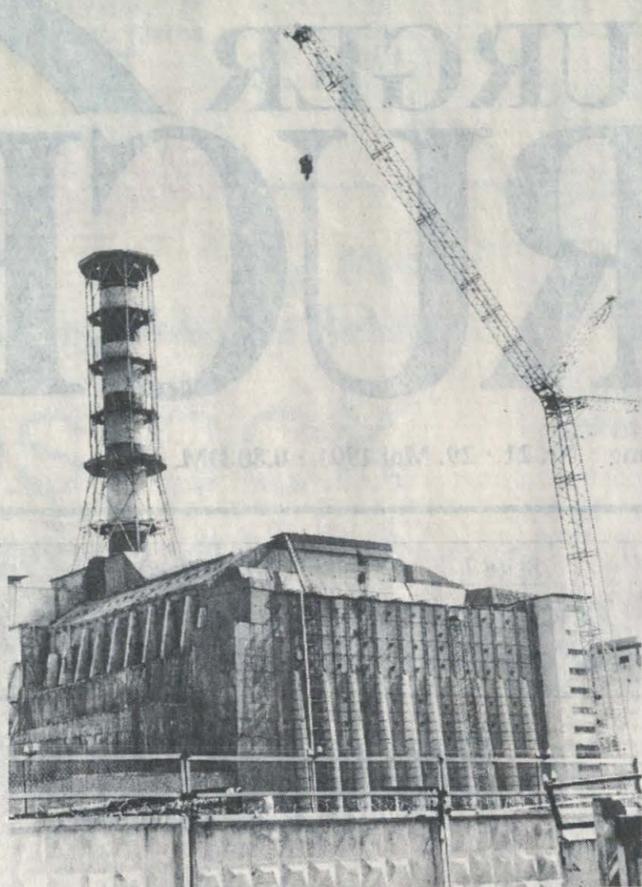
Die Stimmen von F.D.P., SPD, Bündnis 90/GRÜNE, PDS/Linke Liste und einige CDU-Stimmen würden ausreichen, um eine zwischen F.D.P. und SPD ausgehandelte Fristenlösung durch den Bundestag zu bringen. Realpolitik wäre das — das gerade noch Erträgliche, aber unverständlich bleibt die ganze Debatte dennoch und mittelalterlich obendrein.

Warum sollen die Frauen eigentlich nicht selbst entscheiden, ob sie die Schwangerschaft und das Kind akzeptieren wollen oder nicht? Was hat der Papst oder irgendein Politiker dabei mitzureden? Die Frauen wissen selbst, daß jede Abtreibung die Tötung ungeborenen Lebens ist. Sie sind bei ihrer Entscheidung meistens allein, die Männer interessieren sich im allgemeinen noch immer wenig für Verhütung oder gehen lieber stiften, wenn die Frau das Kind haben will. Die Frauen allein müssen mit den Belastungen einer Abtreibung leben und in der Regel wird die Liebe immer gleich mit abgetrieben.

Der Vorschlag für eine Zwangsberatung für Männer sorgt eher für Heiterkeit. Warum eigentlich?

Obwohl die Fristenlösung das Beste ist, was unter augenblicklichen Verhältnissen zu erreichen ist, bleibt es unerträglich, daß den Frauen auch bei dieser liberaleren Lösung von „staatswegen ein Ersatzgewissen in Lebensplanungsfragen beigeordnet“ wird.

Udo Knapp



Der neue im Bau befindliche Reaktor 4

Foto: amw

Das Menetekel von Tschernobyl



Verlorene Wohnhäuser

Foto: amw

Im April jährte sich zum fünften Mal der Tag von Tschernobyl. Dieser Tag ist der des Menetekels unserer Zeit.

Die noch immer nicht absehbaren Folgen, die unüberschaubaren Schäden dieser Katastrophe, werden bis heute verschwiegen, verharmlost und verdrängt.

Offiziell wurden bisher 86 Strahlentote in der UdSSR registriert. Die sowjetische Zeitung „Moscow News“ sprach inzwischen von 250 Opfern. Der höchstrangige Wissenschaftler bei der Beobachtung des direkt betroffenen Gebietes, Wladimir Tschernusenko, nannte Mitte April 7.000 bis 10.000 Tote Bergleute und Soldaten, die nach den Reinigungsarbeiten bisher am radioaktivem Fallout gestorben seien. Die radioaktiven Wolken kreisten nach dieser Katastrophe mehrere Male um die Erde und verseuchten (auch bei uns in unterschiedlicher Weise) als radioaktiver Regen den Boden. Das am stärksten betroffene Gebiet war neben der Ukraine vor allem Belorussland. Hier leben immer noch etwa 2,2 Millionen Menschen auf verstrahltem Land, darunter ca. 800.000 Kinder.

Vom Obersten Sowjet der UdSSR wurden der Republik 2,2 Milliarden Rubel zur Beseitigung der Folgen in den nächsten zwei Jahren zugeteilt. Das belorussische Regierungsprogramm geht demgegenüber davon aus, daß dafür mindestens 18 Milliarden notwendig wären. Im übrigen

Warum keine Stasi-Fraktion — Minderheitenschutz im Landtag?

Seit letzter Woche ist es amtlich: im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern haben mindestens acht von 66 Abgeordneten mit dem ehemaligen Ministerium für Staatssicherheit kooperiert. Beim Erscheinen dieses Wochenblattes mit allzu frühem Redaktionsschluß sind gewiß ihre Namen sämtlich bekannt. Es sind vier von 29 Christdemokraten (läßt man den „als Minderjährigen und mit erpresserischen Methoden angeworbenen“ Wolfgang Zessin außer Acht), drei von 12 LL/PDS-Abgeordneten und einer aus der 20-köpfigen SPD-Fraktion. Ein weiteres CDU-Mitglied wies die Ergebnisse der Akteneinsicht durch die Gauck-Behörde als unkorrekt zurück und wird wohl jetzt durch den obersten Stasi-Ermittler selbst gecheckt.

Wie man am Beispiel des Bildungspolitischen Sprechers der SPD, Horst Stolt, sehen konnte, sind in der Tat nicht alle Untersuchungsergebnisse unzweifelhaft. Sein Name war in irgendwelchen

gen ist bis heute auch noch nicht zu übersehen, wie viele von den rund 600.000 „Liquidatoren“ (So wurden die Aufräumer genannt, die zeitweise im Katastrophengebiet eingesetzt waren und dadurch Schäden durch die Strahlung ausgesetzt waren) strahlengeschädigt wurden. Allein aus der 30-km-Zone um den immer noch strahlenden „Sarkophag“ (wie die immer noch in sich brennende, einzementierte Reaktorruine auch bezeichnet wird) wurden bisher etwa 115.000 Menschen evakuiert.

Fachleute meinen, daß weitere, noch umfangreichere Evakuierungen vorgenommen werden müßten, um die bestehende Gesundheits- und Lebensgefahr für die betroffenen Menschen zu mindern. Der sowjetische Vizeminister für Kernenergie, Wiktor Sidorjenko, hat in diesem Zusammenhang im April u.a. davon gesprochen, daß nun noch etwa 200.000 Menschen umgesiedelt werden müßten.

Von sowjetischer Seite werden inzwischen die Gesamtkosten der Verluste durch dieses Reaktorunglück auf 8,6 Milliarden Rubel beziffert. Wenn man jedoch alle bislang übersehbaren mittelbaren Kosten überschlägt, kommt man sehr bald auf die Gesamtsumme von etwa 200 Milliarden Rubel (u.a. etwa 80 Milliarden durch nicht mehr nutzbaren Boden, 66 Milliarden durch Ausfall an Energieerzeugung und mindestens 5 Milliarden durch Stilllegungsmaßnahmen dieses AKW so-

Wieviel Prozent der DDR-Bürger hatten wohl gar nichts mit dem MfS zu tun? Wer in den Westen fuhr, Putzfrau im Ministerium oder als oppositionell verschrien war, wer einen Brieffreund in Südafrika hatte oder am Montag mit der Bahn nach Leipzig fuhr, wurde nicht vielleicht über jeden Akte geführt? Und wer entscheidet nach welchen Kriterien, ob ein bestimmter Jemand für die Stasi arbeitete? Die Frage, wer mit Stasi-Kontakten seine Integrität verspielte, hat die SPD zu beantworten versucht. Eindeutig ist die Sachlage für die Sozialdemokraten, wenn ein(e) Jemand 1. Unterschrift leistete, 2. Informationen zum Schaden Dritter weitergab oder 3. Vergünstigungen annahm. Ihren Genossen Jürgen Csallner entließen sie wegen 1. bereits aus der Fraktion.

Was wäre aber mit Herrn Stolt geschehen, hätten übereifrige Geheimdienstler seine Akte zur Wendzeit verschwinden und lediglich den Aktenvermerk zu IM Horst Stolt in der Welt gelassen?

wie Einfrieren eingeplanter Neubauten und ca. 4 Milliarden durch zusätzliche Rekonstruktions- und Sicherungsarbeiten). Derartige Daten wirken zynisch auf den, der bei einer solchen Betrachtung das Schicksal der von dieser Katastrophe betroffenen Menschen und die Tatsache vor Augen hat, daß ein Ende der Folgen dieser Katastrophe bisher nicht absehbar ist und weitere nachfolgende Generationen betroffen und leiden lassen wird. Schon heute leben u.a. immer noch 273.000 Menschen in 786 Siedlungen der sogenannten „Zone der permanenten Kontrolle“ (mit Ausstrahlungswerten von über 555.000 Bq/Quadratmeter).

Bisher sind offenbar alle befragten Wissenschaftler überfordert, die eine Aussage darüber machen sollen, wie viele Menschen am Ende von dieser Katastrophe betroffen sein werden. Allein im europäischen Teil der Sowjetunion waren, so schätzt das Moskauer Institut für Biophysik, 75 Millionen Menschen (darunter 8 Millionen Kinder) in den April- und Maitagen des Jahres 1986 einer erheblich erhöhten Strahlendosis von Jod 131 ausgesetzt. Inzwischen haben sowjetische Physiker nach einem Bericht der „Times“ wieder Risse und Löcher in dem Beton- und Stahlmantel des explodierten vierten Reaktor entdeckt. Nach Ansicht französischer Mediziner, die sich intensiv mit den Katastrophenfolgen befaßten, wird

allein die Zahl der Krebstoten im betroffenen Gebiet in den nächsten zehn Jahren um 130.000 ansteigen.

Alle diese sicher sachlich noch sehr unvollständigen und menschlich unvorstellbaren Fakten und Folgen der Katastrophe von Tschernobyl aber weisen auf das Gegenteil von dem, was im Moment (auch bei uns) zu passieren scheint: der Abschied vom Ausstieg aus der Kernenergie.

Die Befürworter dieser Absicht haben für ihre Begründung zwei politische Vorgänge genutzt: Kernkraft sei „umweltfreundlich“, weil sie im Gegensatz zu Kohlekraftwerken Emissionen von Treibhausgasen vermeide. Und: Durch die Öffnung des „Ostblocks“ hat sich deutlich als bisher gezeigt, daß schwefeliger Braunkohlenschlacke die Menschen krank macht und früher eingekaufte Sowjet-Atomreaktoren Angst verbreiten, während demgegenüber die West-Kernenergie „sicher“ zu sein scheint.

Kritikern dieser Ansichten genügt jedoch diese Argumente nicht, solange sogenannte „Restrisiken“ bestehen bleiben und eine realistische Entsorgungskonzeption nicht vorliegt. Für sie ist das Argument „Atomenergie statt Ozonloch“, keine überzeugende Alternative, sondern der Versuch, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben.

Helmut Kater

Entlassungen nur bei „Modrow-Lehrern“

Der Überzahl von 25.372 Lehrern im Lande muß das Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommerns durch Reduzierung der Stellen um etwa 4.000 zuleibe rücken. Das Finanzministerium erteilte schon vor geraumer Zeit diese Auflage, die zur Konsolidierung des Haushalts unumgänglich wurde. Zum 25. Mai wurden nun die ersten Kündigungen ausgesprochen. Sie betreffen ausschließlich die sogenannten „Modrow-Lehrer“, d.h. Kräfte, die Ende 1989 bis Mitte 1990 trotz ungenügender fachlicher Qualifikation aus dem Apparat gesellschaftlicher und staatlicher Organisationen, dem MfS und der NVA in die Schulen übernommen wurden. Absolventen und Lehrerinnen, die aus dem Mutterjahr zurückkamen, sind davon nicht betroffen, versicherte der Abteilungsleiter Schulen im Ministerium, Helmut Klaus. Er schloß aber nicht aus, daß im Zuge der Entlassungen wegen „mangelhafter Personalaktenwirtschaft“ unrechtmäßige Kündigungen ausgesprochen wurden und werden könnten. Jede dahingehende Beschwerde wird nach seinen Worten daher sorgfältig geprüft.

Rechnet man alle zu entlassenden Lehrer großzügig hoch, kommt man auf etwa 800. Bleiben noch 3.200 zu reduzierende Stellen. Aber Entlassungen soll es nicht mehr geben, nur „Teilentlassungen“. Hiermit gemeint sind Pionierleiter, Staatsbürgerkunde- und Unterstufenlehrer sowie ein Teil der Russischlehrer. Sie haben aufgrund unzureichender bzw. nicht mehr bedarfsgerechter Ausbildung lediglich Anrecht auf eine „halbe Stelle“. In ihrer dadurch wachsenden Freizeitsollten sie sich nach Meinung des Ministerialbeamten um ihre Qualifizierung kümmern, spricht der dem schluß in einem zweiten Fach erben.

Andere Lehrer haben damit zu rechnen, daß ihre Arbeitszeit und ihr Gehalt um 20 Prozent gekürzt werden. Sie sollen sich die zu gebenden Stunden mit ihren Kollegen teilen. Nach der Rechnung von Herrn Klaus haben sie dann immer noch mehr Geld als bisher, weil ja die Bezüge angehoben werden. Und ihren Job behalten auch — eine feine Sache, nicht wahr?

MECKLENBURGER AUFBRUCH
Jahrgang 1991

Impressum

Mecklenburger Aufbruch

ist eine unabhängige Publikation, veröffentlicht unter der Lizenznummer 76, ISSN 0863-369X, Registrierungsnummer 309

Herausgeberin und Chefredakteurin
Regine Marquardt

Redaktion:
Politik: Regine Marquardt,
Dr. Joachim Müller,
Cr. Cora Stephan

Kultur/Bildung:
Wolfram Pilz

Die Woche:
Patricia Kaufmann

Verlag:
Mecklenburger Verlag GmbH
Puschkinstraße 19
Schwerin 2750,
Telefon 8 33 88

Verlagsleitung:
Hans-Ulrich Gienke

Satz:
abc-Satzstudio, Spenglerstr. 43,
2400 Lübeck, Tel. (04 51) 89 48 72,
Fax (04 51) 89 55 21

Druck:
LN Druck, Lübeck

Die Redaktion veröffentlicht
Zuschriften, die sich nicht in jedem
Fall mit der Meinung des
Herausgebers decken. Aus
redaktionellen Gründen werden ggf.
Kürzungen vorgenommen.

Christian Lorenz

Interview

Estland:

Krieg der Banken

Gespräch mit Sulev Maeltseemes, Tallin, über die heimlichen Drahtzieher der Moskauer Politik

K. Ehlers: Am 27. November 1989 wurde das Gesetz über die wirtschaftliche Selbstverwaltung Estlands vom obersten Sowjet der Union angenommen. Was hat es gebracht?

Sulev Maeltseemes: Dieses Gesetz hat uns überrascht, aber negativ. Einerseits gab es Estland, Lettland und Litauen tatsächlich wirtschaftliche Selbstständigkeit. Anderthalb Monate später jedoch, als es in Kraft treten sollte, sahen wir, daß es praktisch nicht funktioniert. Schon im Januar begann der Krieg der Banken. Der Höhepunkt lag im März/April 1990, aber wir spüren es bis heute. Nur ein Beispiel: Das Gesetz sah unter anderem vor, daß alle Banken der Republik unterstellt werden, zuerst die Sparkassen, die bisher Unionsbanken waren, danach die sogenannten Wohnungs-Sozial-Banken und noch einige. Davon ist nichts verwirklicht worden. Noch mehr: Die Abrechnungen, die wir früher mit anderen Republiken direkt machen konnten, wurden jetzt so organisiert, daß wir sie ab Februar '90 alle über Moskau abwickeln mußten. Wenn wir also mit Usbekistan oder mit Armenien Wirtschaftsbeziehungen hatten, Waren hin und her gingen, dann mußten alle Bankrechnungen dafür über Moskau gehen. Das dauerte manchmal zwei bis drei Monate.

Das Gesetz wurde also praktisch ins Gegenteil verkehrt?

Ja, völlig! Heute sind Banken ja wie ein Blutkreislauf. Eine Bankenblockade ist wie eine Wirtschaftsblockade. Eine offene Blockade wie gegen Litauen führt zu internationalen Protesten. Die Bankenblockade ging an der internationalen Öffentlichkeit so gut wie vorbei.

Können Sie genauer beschreiben, was dieser Bankenboykott ist und wie er mit der Monopolstruktur der sowjetischen Wirtschaft zusammenhängt?

Das ist völlig verbunden mit der Monopolstruktur in Moskau. Diese sowjetische Hochbürokratie glaubt immer noch, daß sie alle ihre Privilegien erhalten kann. Deswegen haben die Allunionischen Banken diese Blockade gegen uns vorgenommen. Als Jelzin erklärte, daß Rußland sein eigenes Bankensystem braucht, wenn nötig, auch seine eigene Währung, andere Republiken wie die Ukraine darin folgten, würde es für uns ein bißchen leichter.

Was bedeutet dieses Banken- und Sachmonopol? Wie funktioniert es konkret?

Nehmen wir die Sparkassen: 95 Prozent der Ersparnisse dieser Sparkassen liegen als Kreditressourcen der Sowjetunion in Moskau. Ein Beispiel. Man spricht sehr viel darüber, daß wir eine eigene Währung haben werden. Unser Plan war: Wenn wir eine eigene Währung haben, wird gewechselt, was in den Sparkassen ist, natürlich auch das Geld, was die Menschen zuhause haben. Aber wenn 95 Prozent des Geldes, das in unseren Sparkassen liegt, als Kreditressourcen der Sowjetunion dient, über das die Moskauer Zentrale verfügt, was können wir dann mit dem Geld machen? Nichts.

Wie ist es mit der Industrie? Wieviel Prozent der estnischen Industrie sind von hier aus tätig, wieviel geht von Moskau aus, ist Moskau ein Monopol?

Es gibt drei Ebenen von Ministerien: die allunionischen, allunionisch-republikanischen und die republikanischen Ministerien. Eigentlich ist der Unterschied zwischen allunionischen und allunionisch-republikanischen Ministerien sehr klein, es sind beides allunionische Ministerien. Nach den Aufgaben von 1988 waren den republikanischen Ministerien nur 15 Prozent unserer Produktion unterstellt. 1960 betrug dieser Anteil fast 99 Prozent. So ist die Dynamik. In den letzten Jahren ist es ein bißchen besser geworden.

10, 11 Prozent waren den republikanischen Ministerien unterstellt.

1960 waren es noch 99 Prozent?

Ja, damals gab es den sogenannten Wirtschaftsrat. Dann wurde die „Sownachose“ gegründet. Da war die Situation am besten. Da gab es wirklich eine territoriale Leitung in der Sowjetunion. Sie hat auch ihre Resultate gezeigt. Das Lebensniveau in Estland war am Ende der 60er Jahre, also nach den Reformen von Chruschtschow, am besten. Am schlimmsten war es in den 70er und in den 80er Jahren, zehn bis dreizehn Prozent unserer Industrieproduktion war der Republik unterstellt. D.h. wir konnten nur zehn bis dreizehn Prozent unserer Industrieproduktion verteilen. Es gab ja auch noch die sogenannten allunionischen Fonds, in die alles mögliche ging bis hin zum Mineralwasser. Diese Fonds sind für Fleisch, Milch, Getreide usw. Aber das allunionische Handelsministerium hat auch Teile der Produktion, die unseren republikanischen Ministerien unterstand, für die Union an sich gezogen. Was die Bankenstruktur betrifft, kann ich da noch ein Beispiel bringen, die Außenhandelsbank. Sie ist völlig zentralisiert. Das ganze System, das mit Devisen verbunden ist, ist zentralisiert. Wir hier in Estland bekommen z.B. ziemlich viel Devisen durch die Touristen. Diese Devisen

Im November 1989 deklarierte Estland seine Souveränität. Mit dem jetzt ausgehandelten Kompromiß in Sachen Union erklärt sich die Zentralgewalt der UdSSR bereit, die Wünsche der Republiken zu akzeptieren, die einen eigenen Weg gehen wollen. Allerdings müßten sie dann damit rechnen, außerhalb der bevorzugten Wirtschaftseinheit zu stehen. Was bedeutet das in der Praxis?

Sulev Maeltseemes, Vizepräsident der Talliner Akademie der Wissenschaften, einer der Initiatoren der wirtschaftlichen Selbstverwaltungsmodelle Estlands, ökonomischer Berater der estnischen Regierung und seit Dezember 1989 Stadtrat von Tallin, erläutert die bisherige Wirklichkeit der Moskauer Monopole im Estland. Die Schilderung Sulev Maeltseemes läßt erkennen, daß zur Verwirklichung der Souveränität mehr als Deklarationen notwendig sein werden.

rat der Sowjetunion ein Dokument über die Gründung einer wirtschaftlichen Organisation Integral unterschrieben. Danach sollen alle allunionischen Betriebe, die es hier in Estland gibt, in einer Organisation zusammengefaßt werden. Es wurde nicht nur beschlossen, daß Integral in Estland etwa 30 bis 40 Prozent unserer Arbeitskräfte und unserer Produktion unterstellt sind, sondern auch, daß ebensoviel Steuern direkt von dieser Organisation an das Unionsbudget ab-

sein eigenes Banksystem. Diese Organisation ist wirklich wie ein politisch-wirtschaftlicher Komplex, die die estnischen Gesetze nicht erfüllen, keine wirtschaftlichen Beziehungen mit dem estnischen Budgetsystem haben. Sie fügen sich in die lokale Infrastruktur nicht ein, wollen sie aber benutzen. Sie fordern Produkte von der estnischen Landwirtschaft, nutzen unsere Wohnungen, unsere Dienstleistungsbetriebe. In der Landwirtschaft sind unsere Preise z.B. zwei-, dreimal nie-

sein?

Er steht jetzt praktisch vor dem selben Problem wie Gorbatschow?

Oh, ja. Es ist, glaube ich, sogar noch schlechter, denn das russische Imperium ist viele hundert Jahre alt. Das sowjetische Imperium dagegen gibt es erst 70 Jahre und viele Menschen, auch in Rußland sind schon dagegen. Deswegen ist Jelzins Aufgabe in Bezug auf die Erhaltung seines Imperiums vielleicht noch schwerer.

Sie meinen, die nationalen Sprengkräfte verschärfen sich mit Jelzin eher noch. Seine Aufrufe zur Souveränität setzen den Unionsprozeß auf dem Boden Rußlands fort? Das müßte dann für die estnische Entwicklung doch eher positiv sein, diese Schwächung der Zentralmacht!

Das ist richtig. Bisher sehen wir Jelzins Programm eher positiv, sehr positiv sogar. Am 6. November 1988 wurde die Erklärung für die Souveränität Estlands angenommen. Wie groß war das Geschrei! Nachdem Rußland seine Souveränität erklärt hat, müssen auch die Herren und Damen unserer „Interbewegung“, also die hiesigen Konservativen, akzeptieren, daß das höchste Ziel einer jeden Nation die eigene Souveränität ist.

Und die Entwicklung Leningrads als „freie Zone“, was bedeutet das

preise abrechnen. Das ist ein großes Problem. Wenn wir nur bilaterale Beziehungen mit Leningrad hätten, müßten wir von Leningrad sovjet Waren zurückbekommen, wie wir z.B. Elektroenergie liefern. Es ist ein Irrtum zu glauben, wir könnten hier im Alleingang zur freien Marktwirtschaft übergehen. Ich sage immer, das ist ein schönes Wort, aber das ist heutzutage nicht realisierbar, zumindest solange nicht, wie wir keine Grenz- und Zollkontrolle haben. Wenn wir hier in Tallin neue Betriebe eröffnen, dann geht unter den jetzigen Bedingungen doch sowieso fast die ganze Produktion in den Osten mit zwei-, dreimal höheren Preisen. Aber abgesehen von dieser aktuellen Situation wäre am interessantesten: wir verkaufen Elektroenergie nach Leningrad, dafür bekommen wir aus Tiumen Erdöl, und Rußland gemeinsam macht seine Bilanz.

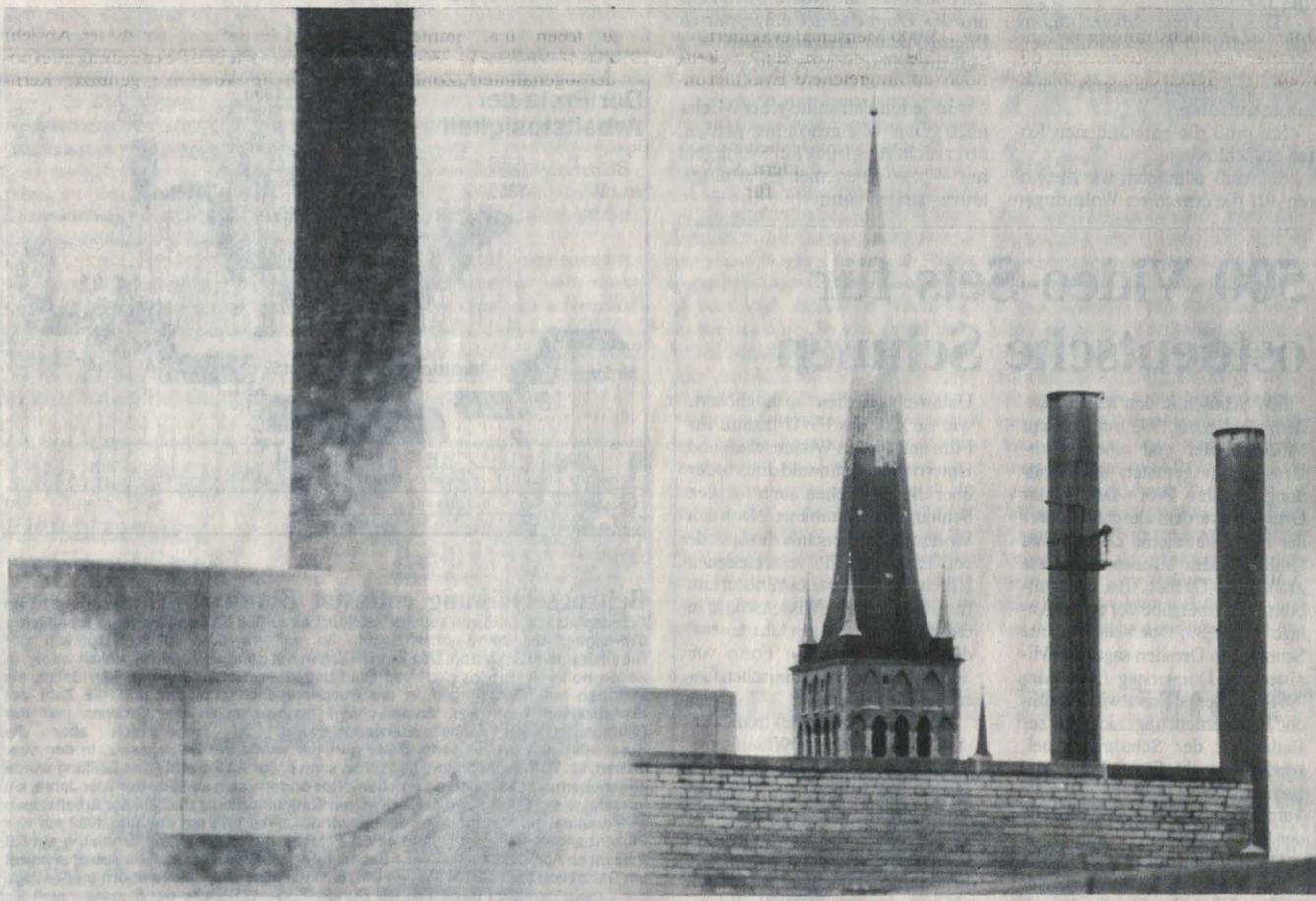
Halten Sie eine Rückwärtsentwicklung für möglich? In Ihrem eigenen Land? In der UdSSR?

Im politischen Sinne halte ich eine Rückwärtsentwicklung für möglich, etwa daß wir in der Sowjetunion als Sowjetrepublik bleiben oder so. In den letzten zwei Jahren hat Moskau sovjet Steine auf Estland geworfen! Das können wir nicht vergessen. Wenn wir jetzt sagen, gut, leben wir zusammen, wie wir es bis 1988 getan haben. Das ist unmöglich. Man kann sich vorstellen, was das bedeutet: Moskau ist wie ein Riese, Estland wie ein Zwerg. Wenn der Riese immer Steine gegen uns wirft, manchmal große, manchmal kleinere, dann heißt das, wir können nur weiterlaufen. Andererseits ist die Situation in der ganzen Sowjetunion und in Rußland so, daß der Rückwärtsweg auch für andere Republiken unmöglich ist. Zwar stockt unsere Entwicklung zur Zeit, weil wir von dem Gesamtprozeß abhängig sind, ja, gezielt noch abhängiger gemacht werden. Niemand weiß jetzt, nach welchen Gesetzen er sich richten soll. Gelten die Unionsgesetze, gelten die republikanischen oder die der Republik von 1938? Auf allen Gebieten des Lebens herrscht Chaos. Die Selbstverwaltung funktioniert noch nicht und die Wirtschaft droht zusammenzubrechen. Das alles wird erst lösbar sein, wenn es in der Union weitergeht. Aber als ich neulich in Tiumen war, traf ich dort auch Moskauer Wissenschaftler. Sie sagten, daß Estland sehr viel für die ganze Sowjetunion bewirkt hat. Wenn Estland jetzt im Moment auch selbst nicht weiterkomme, so reiche das, was es schon für die Demokratisierung — nicht Perestroika, das Wort ist schon zu diskreditiert — bewirkt habe, für eine weitere Bewegung in der Sowjetunion. Deswegen glaube ich, daß es keinen Rückwärtsweg gibt. Das gilt nicht nur für Estland, Lettland und Litauen. Unsere Völker haben ihren Weg gewählt. Es gilt auch für andere Republiken, ja für die ganze Union.

Wenn das Lebensniveau noch weiter runter geht, muß man allerdings damit rechnen, daß viele Rentner und andere Leute, die in den 60ern besser gelebt haben, an die Seite der „Interbewegung“ gedrängt werden. Zwar kann sich diese Gruppe nicht mehr bewegen wie früher. Man spricht jetzt über „Integral“. Aber Ziel und Methoden sind ähnlich: Sie wollen zurück. Es ist nur ein neuer Name. Diese Bewegungen sind natürlich gefährlich. Daran ändern auch neue Gesetze erst einmal wenig.

Das Gespräch führte Kai Ehlers

Kai Ehlers arbeitet nach langjähriger journalistischer Tätigkeit vor allem zu Themen der politischen Entwicklung der UdSSR. Publikationen u.a.: „Gorbatschow ist kein Programm — Bewegungen mit Kritikern der Perestroika“, „konkret literatur verlag“, Juni 1990.



Über den Dächern von Tallin

Foto: Walter Hinghaus

sind bisher fast zu 100 Prozent nach Moskau gegangen. Der neue Rubelkurs, nach dem Ausländer jetzt zehnmal mehr bekommen, ist unter diesen Umständen für uns schrecklich. Wir bekommen nichts. Andererseits kommen die Touristen. Sie können billig kaufen, auch unsere Industrieprodukte. Je mehr Touristen wir haben, um so schlechter ist es.

Es ist ein gewollter Effekt. Je schlechter unsere Situation, um so besser für Moskau. Moskau wartet darauf, daß wir bei ihnen um Hilfe bitten.

Von Seiten der Banken ist das ja offener Geldkrieg. Wie ist das von Seiten der Monopole?

Diese Monopole waren bisher auch sehr stark. Sie sind wie ein Staat im Staate. Im Juni '90 wurde im Minister-

geführt werden. Wir wollten, daß sie ins estnische Budget zahlen und wir dann mit Moskau über die Gesamthöhe verhandeln. Jetzt will Moskau das Geld direkt. Und nicht nur das: Statt 180 Millionen wie im letzten Jahr sollen wir jetzt 340 Millionen zahlen.

Wieso?

Früher hat jeder Betrieb direkt an Moskau abgeführt. Unsere Forderung, pauschal über das Republikbudget zu bezahlen, beantwortet Moskau mit der Forderung nach 340 Millionen. Es ist eine politische Frage. Weil das Finanzministerium wie alle anderen Organe in Moskau uns den Hals zudrehen wollen. Für die Souveränität sollen wir zahlen. Am Ende, hoffen wir, bleibt so von unserer Selbstständigkeit nichts übrig.

Übrigens hat „Integral“ auch noch

driger als die Selbstkosten. Unsere Wohnungen kosten 13,2 Kopeken pro Quadratmeter. Sie können sehr billig alle unsere Waren und dies alles bekommen. Sie geben nichts dafür!

Was bedeutet der Aufstieg Jelzins für Sie?

Bisher halten wir das für positiv, obwohl wir wissen, daß Jelzin Populist ist. Anfang des 90 hatte er große Konflikte mit Gorbatschow. Dann hielten sie wieder zusammen gegen Ryschkow. Morgen kann es wieder anders sein. Wenn Gorbatschow damit Probleme hat, die Sowjetunion zusammenzuhalten, so hat Jelzin ähnliche Probleme mit Rußland. Rußland muß zusammen sein und bleiben. Das gegenwärtige Problem Jelzins: Wie wird die staatliche Struktur in Rußland

für Sie?

Damit sind auch ziemlich große Hoffnungen verbunden. Wir verkaufen nach Leningrad Fleisch, Milch und Elektroenergie. Früher lief das über Orders von Moskau, das können wir jetzt bilateral organisieren. Aber bilaterale Wirtschaftsbeziehungen allein sind auch nicht realistisch. Im Allgemeinen brauchen wir Wirtschaftsbeziehungen im Verbund mit Rußland. Wir können direkte

Wirtschaftsbeziehungen mit Leningrad, mit Moskau, mit Tiumen organisieren aber die Bilanz muß gemeinsam mit Rußland sein. Alles andere wird schlecht für Estland, für Leningrad, für andere sein. Warum? Wenn wir nur bilaterale Beziehungen haben, müssen wir in Devisen bezahlen, bzw. auf der Basis der sogenannten Weltmarkt-

Bildung / Soziales



Demnächst Vergangenheit, oder die „Goldenen“ 80iger?

Foto: A. Hauck

Mieterhöhung:

„Modernisierung“ nicht von heute auf morgen

Das ist derzeit eine häufig gestellte Frage in den neuen Bundesländern: In welchem Umfang und zu welchem Termin darf ein Vermieter die Miete heraufsetzen, wenn er Reparaturen ausführen oder Instandsetzungs- bzw. Modernisierungsarbeiten durchführen läßt? Ganz einfach: Bei Reparaturen (Wasserboiler defekt) oder Instandsetzungen (neue Tapeten) ist zur Zeit noch keine Mieterhöhung möglich. Dies wird mit hoher Wahrscheinlichkeit — wie auch eine „normale“ Mieterhöhung — nicht vor dem 1. Oktober 1991 erlaubt sein.

Eine Mieterhöhung ist aber möglich, wenn der Vermieter modernisiert, also den Wohnwert verbessert. Jedoch braucht kein Mieter vor einer rechtzeitigen Ankündigung solcher Maßnahmen einen Handwerker in die Wohnung zu lassen. Der Mieter hat das Recht, gründlich zu prüfen, ob er Modernisierungsmaßnahmen überhaupt „dulden“ muß. Der Vermieter muß deshalb den Mieter zwei Monate (!) vor Beginn der Arbeiten umfassend über sein Vorhaben informieren. Er muß mitteilen:

- welche Arbeiten er durchführen will (Beispiel: neues Bad einbauen),

- welchen Umfang diese Arbeiten haben,

- wann sie beginnen und wie lange sie voraussichtlich dauern sowie

- welche Mieterhöhung daraus zu erwarten sind.

Wenn die Modernisierung korrekt angekündigt und anschließend auch durchgeführt wurde, muß der Vermieter über die Mieterhöhung (11 Prozent der Modernisierungskosten dürfen auf die Jahresmiete aufgeschlagen werden) „Rechnung legen“.

- Die konkrete Mieterhöhung muß schriftlich angekündigt werden.

- Sie muß die geleisteten Arbeiten einzeln auflisten.

- Sie muß die entstandenen Kosten aufschlüsseln.

- Sie muß erläutern, wie die Kosten auf die einzelnen Wohnungen

verteilt wurden.

Um nichts zu übersehen, kann es nicht schaden, eine solche Mieterhöhung-Ankündigung seinem Mieterverein zur Prüfung vorzulegen.

Achtung: Unter Umständen kann die Mieterhöhung auch der Höhe nach begrenzt werden. Nach Auffassung der (westdeutschen) Gerichte ist nämlich auch bei Modernisierungs-Mieterhöhungen vom Vermieter das Gebot der Wirtschaftlichkeit zu beachten. Führt der Vermieter z.B. Energiesparmaßnahmen durch (z.B. läßt er eine neue Zentralheizung einbauen), dann darf insoweit die Miete höchstens um das Doppelte der eingesparten Energiekosten steigen. Auch hier hilft der Mieterverein weiter.

Auf jeden Fall sollte jeder Mieter nach einer Mieterhöhung prüfen, ob er nicht Anspruch auf Wohngeld hat — bzw. ob er einen Erhöhungsantrag stellen kann.

Wenn der Smog kommt

Er ernährt sich von Schadstoffen, macht Menschen krank, ja er kann sie sogar töten. Gemeint ist der „Smog“, der immer dann auftritt, wenn in der Luft hohe Schadstoffkonzentrationen (z.B. Schwefeldioxid, Kohlenmonoxid, Stickstoffdioxid und Staub) entstehen, die aufgrund einer austauschungsarmen Wetterlage (Inversion) nicht in höhere Luftschichten entweichen können. Mitverantwortlich ist das Automobil. Wer sich ein Auto kauft und bei Smogalarm nicht unter das gesetzlich verankerte Fahrverbot fallen will, sollte folgende Informationen der Bundesweltministeriums beachten. Auch bei Smog genutzt werden dürfen:

1. Pkw mit Otto-Motor, Hubraum größer als 1.400 Zentimeter, nach Anlage XXIII (US-Norm) zugelassen, Schlüsselnummer 01.

2. Pkw, Otto-Motor, Hubraum kleiner als 1.400 Zentimeter, nach Anlage XXIII (US-Norm) zugelassen, Schlüsselnummer 02 (seit Dezember 1986).

3. Pkw, Otto-Motor, Hubraum größer als 2.000 Zentimeter nach Anlage XXV (Europannorm) zugelassen, Schlüsselnummer 03.

Bildungskatalog für Frauen

Einen Katalog mit Bildungsangeboten speziell für Frauen hat erstmals in Nordrhein-Westfalen das Bildungswerk der Humanistischen Union NRW in Essen zusammengestellt. Das Verzeichnis enthält rund 170 Veranstaltungen der unterschiedlichsten Träger in chronologischer Reihenfolge: vom Rhetorikkurs über eine Schreibwerkstatt bis zu EDV-Kursen. Der Katalog kann bestellt werden beim Bildungswerk der Humanistischen Union NRW, Maria Baumeister, Kronprinzenstr. 15, 4300 Essen 1 (frankierter Rückumschlag Größe DIN A5). Telefon: 02 01/22 89 37

500 Video-Sets für ostdeutsche Schulen

500 Schulen in den neuen Ländern werden bis 1993 mit je einem Videorecorder und einem Farbfernseher ausgerüstet. Bundesbildungsminister Prof. Dr. Rainer Ortleb dankte dem Geschäftsführer der Firma Panasonic Deutschland GmbH, Akira Yukawa, für diese großzügige Spende. Bei der symbolischen Übergabe der ersten Anlage an die 39. Oberschule „Fritz Schulze“ in Dresden sagte der Minister am Donnerstag (28. März 1991): „Dieses privatwirtschaftliche Engagement trägt nicht nur zur Entlastung der Schulträger bei, sondern macht für Schüler und Lehrer auch erfahrbar, was soziale Verantwortung der Wirtschaft in der Praxis bedeutet.“

Die 500 gespendeten Video-Sets stellen einen Wert von über einer Million Mark dar. Die Geräte sollen den Einsatz von audiovisuellen

Unterrichtsmedien ermöglichen, wie sie z.B. das FWU Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht in Grünwald direkt oder über die Bildstellen auch für den Schulunterricht anbietet. Nach den Worten Ortlebs ergänzt die Spende von Panasonic die verschiedenen Hilfen, die das Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft in diesem und im vorigen Jahr den ostdeutschen Schulen in Form von Schulbüchern und technischen Geräten geleistet hat.

Der japanische Elektronikhersteller hatte bereits 1990 seine traditionelle Weihnachtsspende in den Dienst von Bildung und Wissenschaft gestellt. Die beiden Universitäten in Rostock und Halle-Wittenberg hatten elektronische Kommunikationsmittel in einem Gesamtwert von 200.000 DM erhalten.

Moderne Trends in der Chirurgie: Laparoskopische Operation

Häufig liest man jetzt in der Presse über schonendes Operieren, insbesondere mit Hilfe einer neuen Medizintechnik — der Laparoskopie. Dabei werden über kleine Metallrohre Instrumente zur Ausleuchtung und Aufnahme des Bauchraumes und langes chirurgisches Instrumentarium (Scher, Messer, Clip) über kleine Schnitte in die Bauchhöhle eingebracht und mittels eines Bildschirms der Vorgang der Operation kontrolliert. Diese laparoskopischen Operationen haben sich zur Entfernung des Wurmfort-

satzes und der steingefüllten Gallenblase weltweit durchgesetzt. Im Gegensatz zu den herkömmlichen Operationsverfahren, wo nur Wegnahme des erkrankten Wurmfortsatzes und der Gallenblase eine Eröffnung der Bauchhöhle durch einen „Bauchschnitt“ notwendig und erforderlich war, entfällt diese Prozedur beim laparoskopischen Operieren. Die Vorteile sind rascher Heilungsverlauf, weniger Schmerzen nach der Operation, kürzerer Krankenhausaufenthalt und das Fehlen der typischen „Bauchnarbe“.

Tarifvertragsrecht:

Vertrag kommt von „vertragen“

Von entscheidender Bedeutung für die Regelung der Arbeitsbedingungen der Arbeitnehmer in einzelnen Sparten der Wirtschaft ist ein Tarifvertrag.

Ein Tarifvertrag ist eine schriftliche Vereinbarung zwischen den Tarifparteien über eigene arbeitsrechtliche Rechte und Pflichten sowie über die Festlegung von Rechtsnormen für die Arbeitsverhältnisse der betroffenen Arbeitnehmer. Diese Rechtsnormen können sich auf Inhalt, Begründung und Beendigung der Arbeitsverhältnisse beziehen. Außerdem können Regelungen auf dem Gebiet des Betriebsverfassungsrechts sowie weiterer betrieblicher Fragen getroffen werden. Gesetzlich ist die Materie im Tarifvertragsgesetz (TVG) geregelt.

Tarifparteien können Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen im Sinne des Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz sein. Auch einzelne Arbeitgeber kommen für diese Rolle in Frage, wenn ein Tarifvertrag für einen einzelnen Betrieb ausgehandelt werden soll, was durchaus zulässig ist. Zulässig heißt jedoch nicht, immer auch sinnvoll. Zu leicht kann ein mittlerer oder kleiner Betrieb durch einen solchen Firmentarifvertrag überfordert werden. Ein Instrument zum Ausgleich der schwächeren ökonomischen Position der Arbeitnehmer — der Tarifvertrag — kann so eine tatsächliche ökonomische Zwangslage auf der Ar-

beitgeberseite verursachen.

Die jeweiligen Normen eines Tarifvertrages regeln d.h. formen direkt die Arbeitsbedingungen der betroffenen Arbeitsverhältnisse, ohne daß der betreffende Arbeit-

nehmer mit seinem Arbeitgeber ein Wort wechseln muß. Sie sind in ihrer materiellen Funktion wie Gesetze anzusehen und auch so ausulegen. Eine Abweichung von diesen Normen zum Nachteil des Arbeitnehmers ist — wenn nicht ausdrücklich im Tarifvertrag zugelassen — unzulässig.

VON RECHTS WEGEN

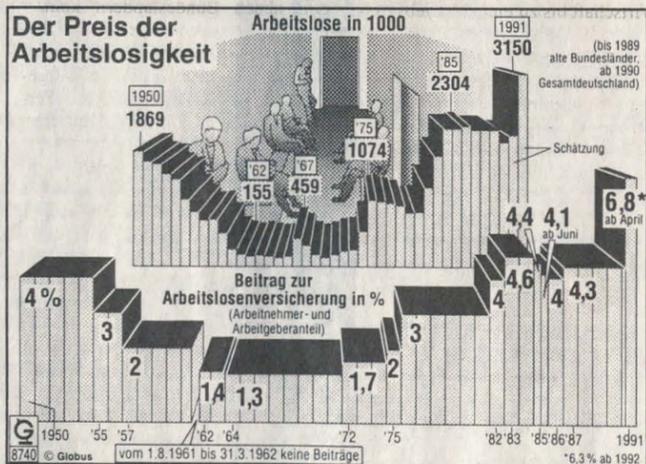
Regelmäßig entfaltet ein Tarifvertrag diese Wirkung jedoch nur, wenn Arbeitgeber und Arbeitnehmer tarifgebunden sind. Das ist dann der Fall, wenn beide Seiten Mitglied in den jeweiligen Verbänden sind, die den Tarifvertrag abgeschlossen haben. Diese Mitgliedschaft muß zum Zeitpunkt des Vertragsschlusses bestanden haben. Es besteht nicht die Möglichkeit, durch späteren Austritt einem unüblichen Tarifvertrag zu entgehen. Dieser gilt für das — nunmehr ehemalige — Mitglied weiter, bis der Tarifvertrag ausläuft, Par. 3 Abs. 3 TVG.

Eine tarifvertragliche Ausdehnung der Wirkung auf Ungebundene ist nicht möglich und auch nicht im Interesse der beteiligten Organisationen. Wer wird denn noch Mitglied, wenn alle den gleichen Nutzen ziehen können. Um den Anreiz zum Eintritt in die Gewerkschaften niedrig zu halten, kann der Arbeitgeber aber den unorganisierten Mitarbeitern eine Angleichung der Arbeitsbedingungen an die des Tarifvertrages gewähren. Das tarifvertragliche Verbot einer solchen Praxis wäre nicht zulässig.

Eine Ausdehnung der Rechtswirkung des Tarifvertrages auf alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber im Geltungsbereich, ob organisiert oder nicht, ist aber durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales möglich, indem dieses einen Tarifvertrag für allgemeinverbindlich erklärt. Das setzt zum einen ein öffentliches Interesse an einer solchen Regelung voraus. Außerdem müssen bei den tarifgebundenen Arbeitgebern mehr als 50 Prozent der in dem Bereich tätigen Arbeitnehmer beschäftigt sein. Nur im Falle eines sozialen Notstandes kann auf diese Voraussetzungen verzichtet werden.

Durch die Allgemeinverbindlicherklärung werden alle Arbeitgeber und -nehmer im Geltungsbereich des betreffenden Tarifvertrages ohne weiteres tarifgebunden.

Uwe Jahn, Rechtsanwalt



Beitragerhöhung entlastet Bundeshaushalt. Wer einen Arbeitsplatz hat, muß von seinem Verdienst einen Teil für den Lebensunterhalt jener abgeben, die ohne Arbeit sind. So will es das Solidaritätsprinzip der Arbeitslosenversicherung. Das kann in Zeiten mit geringer Arbeitslosigkeit wenig, in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit viel Geld bedeuten. So Anfang der 50er Jahre, als Millionen von Flüchtlingen in die Bundesrepublik strömten und die Zahl der Erwerbslosen hoch war. Entsprechend hoch, nämlich vier Prozent, war der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung. Je mehr sich aber die Beschäftigungslage besserte, desto geringer wurde der Beitragssatz. In den 60er Jahren, als Vollbeschäftigung herrschte, sank er auf 1,3 Prozent (eine Zeitlang wurde sogar überhaupt kein Beitrag erhoben). Das änderte sich ab Mitte der 70er Jahre, als im Gefolge der Ölkrise und der weltweiten Konjunkturlaute die Zahl der Arbeitslosen steil anstieg. 1975 wurde der Beitragssatz auf zwei, 1976 auf drei und 1982 auf vier Prozent angehoben. Heute sind es 4,3 Prozent, und eine weitere Erhöhung auf 6,8 Prozent ab April ist beschlossene Sache. Denn die Bundesanstalt für Arbeit erwartet ein Defizit von 23 bis 25 Milliarden DM, dies vor allem wegen des enormen Anstiegs der Arbeitslosenzahl in den neuen Bundesländern. Defizite der Bundesanstalt für Arbeit aber müssen aus dem Bundeshaushalt gedeckt werden. Mit der kräftigen Erhöhung des Beitragssatzes verschafft sich der Bund also eine spürbare finanzielle Entlastung — auf Kosten der Beitragszahler.

In Wismar:

Schulhorte sollen erhalten bleiben

Der Senat der Hansestadt Wismar hat einstimmig beschlossen, der Schulpflicht vorzuschlagen, die Schulhorte als kommunale Einrichtung zu erhalten.

Dieser Beschluß war erforderlich, da das Land am Jahresende die Zahlung der Personalkosten für Hortzieherinnen einstellt und der Personalbestand der Horte dadurch gefährdet ist. Der Senat faßte diesen Beschluß im Interesse der Kinder berufstätiger Eltern. Für das Schuljahr 1991/92 wird der Bedarf für eine tägliche 4-stündige Betreuung von 1650 Kindern ermittelt. Diese Kinder wären sichergestellt, wenn die Schulhorte Wegfall der Horte, nach Unterrichtsbeginn selbst überlassen.

Um die Mehrbelastung für den Haushalt der Stadt in vertretbaren Grenzen halten zu können, sind eine Einsparung von Personalkosten und die Zahlung eines Elternanteils von monatlich 50 DM bei Vollbetreuung des Kindes vorgesehen.

Der Personalbestand der Horte wird von 135 auf 42 Vollzeitstellen durch vertraglich abgebaut werden. Durch time-splitting sollen 76 Mitarbeiterinnen in den Horten verbleiben, 22 in den Schuldiens wechseln und könnten auf Wunsch die Vorkursstandsregelung beanspruchen. Weitere 18 Mitarbeiterinnen blieben, die nur die 0-Stunden-Kurzzeitbetreuung der Unterstützung aus dem Sozialamt der Stadt.

Der Senat bleibt mit diesem Beschluß weiter konsequent bei seiner Linie, Kahlschläge im Bereich der freiwilligen kommunalen Aufgaben zu vermeiden. Dies ist nur durch eine überlegte Haushaltspolitik und die Suche nach tragbaren Kompromißlösungen mit allen Beteiligten möglich. Die Bürgerschaft muß nun auf der nächsten Sitzung entscheiden, ob sie den Senatsbeschluß tragen kann. Sollte dies, wie es zu wünschen wäre, der Fall sein, so sind die Verantwortlichen in den Schulhorten aufgefordert, die Hortbetreuung der Kinder auf ein höheres Niveau zu heben.

Viele Chirurgen sind durch Teilnahme an Kursen zur Erlangung des laparoskopischen Operierens auf diese Technik vorbereitet. Woran es fehlt, sind nicht mehr die Geräte, die stehen sofort zur Verfügung, sondern die finanziellen Mittel. Hier gilt es Abhilfe zu schaffen.

Prof. Dr. med. Richard Reding

Wirtschaft

WIRTSCHAFT HEUTE

Factoring — schnell wieder Geld

Wer als Unternehmer ein Geschäft abwickelt, der setzt — sieht einmal vom Barverkauf ab — seinen Kunden eine bestimmte Zahlungsfrist, auch als Zahlungsbezeichnung. Vor allem in Zeiten wirtschaftlichen Risikos ist es für ein Unternehmen allerdings günstiger sein, finanzielle Änderungen an einen Kunden bis zum festgelegten Zahlungsstermin zu behalten, sondern diese einer sogenannten Factoring-Gesellschaft zu verkaufen. Der Factor — in der Regel ein Kreditinstitut — schreibt dem Unternehmen den Gegenwart der Forderung gut. Das Reduzierungsrisiko, also die Möglichkeit des finanziellen Verlustes durch Nichtzahlung durch den Kunden, geht damit meist auf den Factor über.

Der Unternehmer erhält vom Factor sofort bis zu 90 Prozent der Forderungssumme, der Rest folgt, sobald der Kunde die Forderung an den Factor gezahlt hat. Für die Vorfinanzierung der Forderungen berechnet der Factor dem Unternehmen einen banküblichen Zinssatz sowie eine Gebühr für Verwaltungsleistungen, die sich nach dem jeweiligen Aufwand richtet.

Das Factoring hat für das Unternehmen nicht nur den Vorteil der Abwälzung des Kreditrisikos auf den Factor. Die vorzeitige Bereitstellung von Geldmitteln sichert dem Unternehmen die eigene Zahlungsbereitschaft. Doch die Geschäftspartner müssen beide kreditwürdig sein, sonst übernimmt auch das Kreditinstitut die Vorfinanzierung nicht.

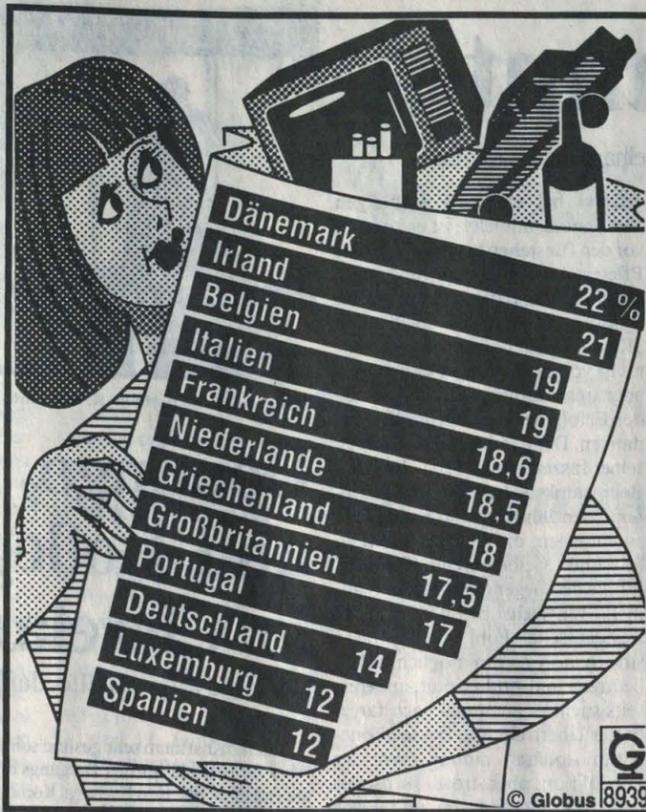
In Deutschland ist das Factoring nicht sehr weit verbreitet. Die Factoring-Branche machte im vergangenen Jahr einen Umsatz von 15,5 Milliarden Mark. Zum Vergleich: In Großbritannien waren es 35,3 Milliarden. MS/IMK

BEKRA errichtet Niederlassungen

Die Sachverständigen Organisation BEKRA, die unter anderem für die Hauptuntersuchung bei den KFZ zuständig ist, errichtet in Rostock eine neue Niederlassung. Nach den Plänen der Sachverständigen Organisation, die eng mit dem Kraftfahrzeug-Überwachungs-Verein zusammenarbeitet, könnte der Neubau bereits Ende 1991 stehen, wenn die Baugelände zur Verfügung steht. In Mecklenburg-Vorpommern will BEKRA über Rostock hinaus in Schwerin, Neubrandenburg und Ostvorpommern Niederlassungen errichten. In acht Monaten wurden 260 Arbeitsplätze geschaffen, 86 davon in Rostock und durchweg mit Mitarbeitern aus der Region.

Öko-Praktikum im UVP-Zentrum

Schüler können in ihren Ferien jetzt im UVP-Zentrum (UVP = Umweltverträglichkeitsprüfung) in Hammeln am nordrhein-westfälischen Umweltministerium anerkanntes „Ökologisches Praktikum“ absolvieren. Bisher konnten nur Studenten und Berufstätige hier ein Praktikum machen. Zu den Weiterbildungsangeboten des UVP-Zentrums gehören außerdem Beratungen und Seminare für Kommunen und Behörden, zunehmend auch in den neuen Bundesländern. Bewerbungen für das Ökologische Praktikum sind zu richten an das Landesamt für Agrarordnung Nordrhein-Westfalen, Moltkestr. 18, Postfach 4667, 4400 Münster (idr)



Hindernis für den freien Warenverkehr

Die gegenwärtig noch existierenden Zollgrenzen zwischen den EG-Staaten sind eigentlich gar keine Zollgrenzen. Vielmehr müssen Laster, Eisenbahnen und Schiffe an den Kontrollstellen abgefertigt werden, weil die Verbrauchsteuern und weil vor allem die Mehrwertsteuersätze so unterschiedlich sind. Wenn beispielsweise deutsche Spirituosen unkontrolliert nach Dänemark transportiert werden könnten, dann wäre es bald aus mit der dänischen Spirituosenindustrie, die besonders hohe Alkoholsteuern an den dänischen Staat entrichten muß. Noch weitaus gewichtiger ist das Problem der unterschiedlichen Sätze für die Mehrwertsteuer, die ja alle Waren betrifft. Sie reichen von 12 Prozent in Spanien und Luxemburg bis 22 Prozent in Dänemark. Diese Sätze müssen harmonisiert werden, damit der „grenzlose“ Warenverkehr des EG-Binnenmarktes ab 1993 Wirklichkeit werden kann. Der EG-Ministerrat empfiehlt die Einführung eines Mindestsatzes von 15 oder 16 Prozent, wodurch die Bandbreite der bestehenden Steuersätze eingengt würde. Diese Empfehlung kommt dem Bundesfinanzminister sehr gelegen, denn er will Ende 1992 den deutschen Mehrwertsteuersatz von 14 Prozent auf 16 Prozent anheben. Statistische Angaben: Bundesfinanzministerium

Unternehmer mit und ohne Tradition

Aufbau eines breiten unternehmerischen Mittelstandes in Mecklenburg-Vorpommern bedeutet Beginn mit einer Tradition, die in den alten Bundesländern für nicht weniger Unternehmen schon mehrere Generationen vorweisen kann. Mittelstand, das sind Handwerk, Einzelhandel, Teile des Großhandels, Freie Berufe, Klein- und Mittelbetriebe der verarbeitenden Wirtschaft bis zu einer Betriebsgröße von 500 Mitarbeitern sowie das Dienstleistungsgewerbe. Der Mittelstand zeichnet sich jedoch auch durch den Unternehmer aus, der nicht nur „Manager“ ist, sondern auch die finanzielle Verantwortung trägt, also auch Eigentümer des Unternehmens ist.

Manager, Unternehmer, leitende Angestellte: Diese Funktionen lassen leicht vergessen, daß sich dahinter konkrete Menschen verbergen. Der Unternehmer ist immer noch das unbekannte Wesen. Um das Geheimnis

zu lüften, lohnt der Blick auf die Präsidenten deutscher Wirtschaftsverbände. Das im Januar dieses Jahres erschienene Buch „Die Person an der Spitze“ stellt auf knapp 200 Seiten 18 Präsidenten deutscher Wirtschaftsverbände dar.

Das Buch, redaktionell anscheinend im Frühjahr vergangenen Jahres abgeschlossen — die Entwicklung in den neuen Bundesländern kommt mehr am Rande zu Wort, Rudolf Stadermann wird als Präsident des Unternehmerverbandes der DDR vorgestellt — soll die herausragenden Persönlichkeiten der westdeutschen Unternehmenswelt herausstellen.

Für gesellschaftlich verantwortlich denkende Menschen in den neuen Bundesländern kann das schwerlich ein Maßstab sein, denn es zeigt sich, daß die Mehrzahl der Präsidenten der Wirtschaftsverbände Unternehmer in einer Familientradition sind.

Volker Geers, Arbeitsgemeinschaft Selbständiger Unternehmer, hat mit seinem Bruder das Unternehmen seiner Eltern 1974 übernommen, Fritz Eichbauer, Wirtschaftsverband Zentralverband des Deutschen Baugewerbes, ist Sohn eines Bauunternehmers und Eugenie Burgholte-Kellermann, die Präsidentin der Vereinigung von Unternehmerinnen, konnte schon als Kind von dem Unternehmen ihres Vater lernen. Zwar gibt es auch andere Beispiele, so wurde Erika Emmerich wegen ihrer Fachkompetenz Präsidentin des Verbandes der Automobilindustrie, aber dieses Buch legt doch ein Zeugnis von den eminenten Startnachteilen der Jungunternehmer in den neuen Bundesländern ab. Viele beginnen in den neuen Bundesländern bei Fast-Null. Deswegen: Nicht um der Karriere der „Person an der Spitze“ im Westen nachzulaufen lohnt das Buch, sondern um sich um die Umstände des Erfolges zu informieren.

Was lernen wir davon? Innovation in der Wirtschaft hat häufig mit starren Traditionen — nach dem Muster, warum anders, wenn es doch auch so funktioniert — zu kämpfen. Auf einer weitgehend fehlenden Wirtschaftstradition etwas Neues aufzubauen ist eine Chance, die einige West-Unternehmen an ihrem Standort gerne hätten. V. Murmann



Mehr Käufer mit mehr Geld So unbekümmert wie gegenwärtig haben die Verbraucher lange nicht mehr ihr Geld ausgegeben. Der Umsatz im Einzelhandel — so schätzt das Ifo-Institut — wird im laufenden Jahr um „reichlich“ sieben Prozent steigen. Ein ähnlich hohes Plus hat es zuletzt Ende der 70er Jahre gegeben. Auch real — also Preisanstieg abgerechnet — kann sich das Ergebnis sehen lassen (unser Schaubild). Drei Dinge sind es, die zu dieser Konsum-Woge geführt haben. Zum einen gibt es heute wesentlich mehr Verdienere und damit wesentlich mehr kaufkräftige Konsumenten als früher; denn die Zahl der Arbeitsplätze hat sich in den letzten Jahren sprunghaft erhöht. Zum zweiten haben die Verbraucher durch nennenswerte Lohnerhöhungen und durch die zum Jahresbeginn in Kraft getretenen Steuersenkungen deutlich mehr Geld zur Verfügung. Zum dritten schließlich schlägt sich auch die Kaufkraft vieler DDR-Bürger im Westen spürbar in den Ladenkassen nieder.

Der MA unterstützt den Mittelstand Preis und Leistung

Elektronische Bürokommunikation ist ein großer Helfer für die Rationalisierung der Arbeit. Aber nur solange die Geräte auch störungsfrei funktionieren. Die populärste Frage: „Wo kriege ich was am billigsten?“ beinhaltet für Existenzgründer mehr als nur den Aspekt des nackten Kaufpreises. Manfred Körting, einer der drei Verkäufer der Bürokommunikations-Vertriebsgesellschaft Schwerin (BVG), weist darauf hin, daß die Probleme erst auftauchen, wenn die Geräte nicht mehr funktionieren.

Die Existenzgründer in Mecklenburg-Vorpommern befinden sich jedoch auf dem Weg in die Professionalität. Diesen Schluß kann man aus den Erfahrungen der BVG ziehen. Die erste Frage des Kunden sei zwar immer noch der Preis, doch würde immer mehr die Frage nach dem Preis-Leistungsverhältnis in den Vordergrund treten, sagt Manfred Körting. Zur Dienstleistung gehört bei der BVG ein 12 Stunden Service, Reparaturen werden spätestens innerhalb von 12 Stunden ausgeführt. Dadurch soll ein möglichst reibungsloser Bürobetrieb für die Kunden gewährleistet werden.

Die Risikorechnung ist für den Kunden prinzipiell ganz einfach: Ein Kopierer, vielleicht nicht einmal ein Markenprodukt, 200 DM günstiger als in einem Fachhandelsgeschäft mit ausgebaute Werkstatt in einem Fachmarkt erstanden, fällt für den halben Tag aus. Der Schaden für den Jungunternehmer, der bis über beide Ohren verschuldet ist, kann schnell in die tausend Mark gehen, wenn wichtige Unterlagen nicht kopiert werden können. Der Verkauf und Service der BVG soll

dieses Risiko ausschließen. Die BVG in der Schweriner Werderstraße 101 will eine möglichst langfristige Kundenbindung aufbauen. Eckhard Tatzki, spezialisiert auf den Computer-Verkauf, bietet den Kunden deswegen möglichst maßgeschneiderte Computeranlagen an. Der erste Schritt sei die Problemanalyse, auf den die verschiedenen Lösungswege folgten. Dann werde der passende Computer ausgewählt. Als Software befinden sich Pakete für Existenzgründer und spezialisierte Programme im Angebot. Für die Kureinrichtung Boltenhagen wird an einem Programmpaket, das den gesamten Kurverwaltungsbetrieb abdecken soll, gearbeitet. Neben den Standardartikeln eines Bürofachgeschäftes hat die BVG Ladenkassen und Aktenvernichter im Programm.

Die BVG ist in der Werderstraße zur Zeit in beengten Verhältnissen untergebracht. Zum Spätsommer wird das Unternehmen in Holthusen einen Neubau mit einer Bürofläche von 280 Quadratmeter beziehen. Hinzu kommen 100 Quadratmeter Lagerfläche.

Spätestens zwei Wochen nach Bestellung stehen die Geräte beim Kunden. Die Lieferung erfolgt „Frei Haus“, Antransport, Aufstellung und erste Inbetriebnahme sind im Preis inbegriffen. Bei den Kopierern gibt es grundsätzlich eine Tonerpatrone gratis. Verbrauchsmaterial für die angebotenen Geräte ist laufend am Lager. Die termingerechte Auslieferung der Verbrauchsmaterial-Bestellungen soll eine Betriebsausfall bei den Kunden ausschließen.

Zielgerichtet den Verkauf fördern

Die MarketingAkademie Hamburg veranstaltet am 11. und 12. Juni in Hamburg ein Seminar mit dem Thema „Zielgerichtet den Verkauf fördern“.

Das Seminar richtet sich an Führungskräfte aus Marketing und Vertrieb sowie an Key-Account-Manager. Es wird zur Klärung der Möglichkeiten und Grenzen der Verkaufsförderung beitragen sowie beispielhafte Anwendungen von Verkaufsförderungsmaßnahmen aufzeigen. In Diskussionen und durch die Arbeit an Fallbeispielen wird der strategische Einsatz von Werbemitteln und die Animation in der Warenpräsentation thematisiert. Der Referent ist selbstständiger Unternehmensberater und war als Bereichsleiter Marketing bei

einer international renommierten Unternehmensberatung tätig.

Am 13. und 14. Juni veranstaltet die Akademie ein Seminar zum Thema „Kreatives Direktmarketing“. Es wendet sich an Marketing- und Vertriebsleiter, Werbeleiter, Produktmanager und Junior-Produktmanager. Sie erhalten die Chance, sich eingehend über die vielfältigen Möglichkeiten des Direktmarketings zu informieren. Vertieft werden die Seminarinhalte durch praktische Gruppenarbeit, bei der eine Direkt-Kampagne von der Zielgruppen-Analyse bis zum Follow up modellhaft entwickelt wird. Der Seminarleiter ist selbstständiger Werbe- und Marketingberater und Teilhaber einer Direkt-Werbeagentur.

Förderpreis für Modernisierung

Für Modernisierungsvorhaben an Privatwohnungen in der ehemaligen DDR stellt die BADENIA-Bausparkasse AG, Karlsruhe, in Zusammenarbeit mit dem Bundesbauministerium einen Förderbetrag in Höhe von 100 000 DM zur Verfügung. Dieser Förderbetrag soll in den nächsten 5 Jahren mustergültig modernisierte Wohnungen in den neuen Bundesländern auszeichnen.

Der Förderpreis wird jedes Jahr in Höhe von insgesamt 20 000 DM für fachgerechte Modernisierungen oder fassadenverschönernde Maßnahmen an eigengenutztem Wohneigentum in den neuen Bundesländern an die Eigentümer vergeben.

Die Jury setzt sich aus Vertretern des Bundesbauministeriums, des Bundesarbeitskreises Altbauerneuerung e.V., der Bundesarchitektenkammer, Fachjournalisten und der

Badenia Bausparkasse zusammen. Teilnahmebedingungen: Die aufgeführten und abgeschlossenen Maßnahmen sollen mit Foto und Kurzbeschreibungen der ausgeführten Arbeiten sowie vollständiger Anschrift des Eigentümers bis zum 31. Oktober jeden Jahres an die BADENIA Bausparkasse AG, Abt. Öffentlichearbeit, Karlstraße 52-54, W-7500 Karlsruhe 1 eingegangen sein.

Berufsförderung Nordeuropäische Handwerksmesse 1992

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Berufsförderungswerke hat ihre jüngsten Nachbefragungsergebnisse vorgelegt. Die Berufsförderungswerke sind überbetriebliche Bildungsstätte für erwachsene Behinderte. Die Ergebnisse ergeben, daß 81,9 Prozent der befragten Absolventen ein Jahr nach Beendigung ihrer Fortbildungs- oder Umschulungsmaßnahme in Beschäftigung waren. Nur 9,2 Prozent der Befragten waren zum Zeitpunkt der Untersuchung arbeitslos.

Die Ergebnisse machen deutlich, daß die Investitionen in die berufliche Rehabilitationen lohnen und den Mittelaufwand rechtfertigen.

Mensch, Technik und Kultur sind die drei Begriffe, mit denen die 1. Nordeuropäische Handwerksmesse 1992 in Hamburg eine neue Messe-Idee verwirklichen will. Als Erlebnis-Messe konzipiert, soll nicht nur ausgestellt, sondern konkrete Hilfen für Verbraucher sowie Tips für Berufsanfänger geboten werden.

Die Schirmherrschaft für die Messe

hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker übernommen.

An den fünf Messtagen, vom 14. bis 18. Oktober 1992, erwarten Handwerkskammer und Messegesellschaft etwa 100.000 Besucher aus ganz Nordeuropa auf dem Hamburger Messegelände. Sie werden sich an den Ständen von rund 500 Ausstellern sowie in einer Reihe von Sonderschauen informieren können.

Kultur

Ossiland ist abgebrannt

Klaus Pohl ur-inszeniert sein Stasi-Stück „Karate Billi kehrt zurück“ am Deutschen Schauspielhaus in Hamburg

„Jetzt haben wir was zu feiern. Ihr müßt eure Gesichter sehen. Wie umgegraben. Der Kleister ist raus.“ Irgendwo in Deutschlands Osten, im Frühsommer 1990, hat „Karate-Billi“ am Ende rausgekriegt, wer schuld daran war, daß seine sozialistische Musterkarriere als Zehnkämpfer vor dreizehn Jahren abrupt abknickte und mit der „Verbringung“ in eine Irrenanstalt endete: alle. Der Bankrott eines Systems und der Abriß eines ganzen Landes, die Verdrängung der Vergangenheit und der Opportunismus in der neuen Wirklichkeit — Klaus Pohl will mit seinem jüngsten Stück „Karate-Billi kehrt zurück“ viel sagen über den neuen Teil des neuen Deutschlands und über die Altlasten, die vierzig Jahre Stasispitzen und DDR-Gesellschaft tief in jedem einzelnen Menschen hinterlassen haben. Der Akteur und Autor im Ensemble des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg hat jetzt ebendort die Uraufführung seines Werkes in eigener Regie herausgebracht und damit seine „Deutschland-Trilogie“ (deren erfolgreicher erster Teil „Das alte Land“ schon vor zehn Jahren erschien und dessen zweiter „Die schöne Fremde“ eben in der Uraufführung der Ruhrfestspiele durchfiel) vollendet.

Billi Kotte, einst ein Star-Sportler, brachten die Machenschaften des örtlichen Stasi-Oberst Urban und seiner unzähligen Informationen in die Irrenanstalt. Im Vakuums-Frühjahr zwischen Mauerfall und Währungsunion endlich aus „der Villa“ befreit, kehrt er zurück in seinen Heimatort und findet nach und nach heraus, daß jeder ein paar Maschinen mitgestrickt hat an dem Unglücks-Netz, in dem er sich länger als ein Jahrzehnt gewunden hat: der alte und neue Bürgermeister, „der kleine Ceaucescu“ (in Hamburg gespielt von Wolfgang Kraß-

nitzer) samt seiner Frau (Ortrud Beginnen) ebenso wie die „Herbstrevolutionäre“, der Pastor (Martin Pawlowsky) und der vollbärtige Bürgerrechtler (Josef Bilous), ja selbst Billis Schwester, die Ärztin Greta (Eva Mattes), die ihren Bruder so abgöttisch liebte, daß sie ihn eingesperrt unter ihren Fittichen hielt, um ihn nicht zu verlieren.

Doch in der alten DDR weht längst ein neuer Wind, der den

West-Bankier von Stahl (Matthias Fuchs) herübergepustet hat, und Billi ist in der frisch gewendeten Trabantenstadt der einzige, der die Vergangenheit aufdecken will. Er zwingt in der Gaststätte der Pastorochter Sascha (Catrin Striebeck) mit einem Fleischermesser die Spitzelgesellschaft zu Geständnissen. Billi sucht nicht Rache, sondern die Wahrheit — doch als er den Komplott gegen ihn Stück für Stück auf-

gedeckt hat und den Schuldigen Versöhnung anbietet, ist es zu spät: vor der Tür stehen bereits wieder die Pfleger der „Villa“, um ihn erneut abzuholen, und diesmal für immer.

Josef Bierbichler spielt den „Karate-Billi“, und neben Eva Mattes ist vor allem seiner subtilen, einaber unaufdringlichen Darstellung der Erfolg der Aufführung zu verdanken. Denn Pohls Stück wie auch seine Inszenierung versuchen vor Behutsamkeit beinahe verkrampfend, den zahlreichen Fettnäpfchen zu entgehen, die die „brandaktuelle“ und vielbefahrene Einheitsstraße des Gegenwartstheaters säumen. Einerseits bemüht sich der westdeutsche Pohl streckenweise stockrealistisch um möglichstste Milieutreu und Authentizität, andererseits sucht er auch mal nach farcehafter Übertreibung. Echte „Zoneatmosphäre“ nimmt man der Produktion aber trotz Turnschuhen, Trainingsanzügen und Peter Pabst'abbruchreifer Bühnenausstattung nicht ab, und für eine wirkliche Tragikomödie reicht die Textvorlage nicht aus.

So bleibt die Aufführung zunächst merkwürdig unentschieden und spannungslos, verharren die Charaktere in holziger, aufgeschriebener Pseudo-Umgangssprache. Erst im zweiten Akt, dem Liebesgeschehen von Billis Schwester, erreichen Eva Mattes und Josef Bierbichler eine gewisse Intensität. Doch die Eskalation im letzten Teil, die in der Ermordung des Stasi-Oberst (Gustav-Peter Wöhler spielt anfangs seicht und am Ende großartig) und in allgemeiner Verwirrung gipfelt, bleibt meist äußerlich, und somit das ganze Stück eine Episode. Aber vielleicht ist es zumindest ein Prellbock gegen die im Westen abstumpfende Wahrnehmung von allem, was östlich der Elbe passiert. Ossiland ist abgebrannt — na und?

Matthias Pees



Karate-Billi kehrt zurück — von Klaus Pohl. Uraufführung. Karate Billis (Josef Bierbichler, oben) Rückkehr in die gewendete Trabantenstadt. Unten der Pastor (Martin Pawlowsky). Bühne: Peter Pabst. Foto: Arno Declair



Zweimal Othello (I. Holm, K. Schreiber, T. Buhse. V. I.)

Foto: A. ...

Domingo, Caruso und Kollegen in Cleveland

Ken Ludwigs „Otello darf nicht plätzen“

Leichte Kost kann sehr gesund sein. Aber für Fettsüchtigen des Tiefgangs ist sie sicher nichts. Ken Ludwigs Komödie „Lend me a tenor“, zu deutsch „Otello darf nicht plätzen“, hatte in der Regie von Daniel Karasek Premiere. Das Publikum krümmte sich vor Lachen.

Die Geschichte vom Helden Tenor Tito Merelli (Jörg Holm), der in Cleveland als Otello auftreten soll, und dabei in zahlreichen Turbulenzen gerät — seine Verehrerinnen stürmen sein Zimmer, seine Frau verläßt ihn, er verschläft den Auftritt, man hält ihn für tot und doublet ihn, und so fort — ist sicherlich wenig mehr als eine große Klamotte. Doch der Nürnberger Schauspielregisseur und Kritikersohn Daniel Karasek hat die Komödie so präzise und perfekt getimt, daß in dem atemlosen, fesselnd komischen Auf und Ab auf der Bühne kaum Zeit bleibt, nach den Fleischstückchen in der Suppe zu fischen. Er arbeitet sich nicht von Pointe zu Pointe vor, sondern läßt den Szenen mit einem feinen Gespür für Zeit und Raum ihre eigene Entwicklung. So wird aus Ludwigs Stück nicht nur eine Satire auf Kulturvermarktung, Opernbetrieb und Legendenden um Domingo, Caruso und Co,

sondern auch eine geschickte Montage verschiedener Handlungsstränge Theater- und Filmkomödien.

Klaus Schreiber ist im exzellenten und höchst professionellen Ensemble der Star des Abends. Er spielt Max den „Adjutanten“ des lokalen Opernmanagers Saunders (Traugott Buhse) der ihn nach dem vermeintlichen Leben des Stars zum Merelli-Doppelgänger werden, und außerdem die Tochter seines Chefs, Maggie (Cornelia Schirmer), erobert — seine neue Identität kommt ihm da gerade recht. Schreiber spielt die Rolle des mal geklemmten, mal zügellosen Provinzlers sehr virtuos, sehr eigendynamisch und phantasievoll, von den vielen gängigen Klischees einer solchen Figur völlig gelöst. Sein Max reißt sich in ins Vorhersehbarere, überrascht im nächsten Moment mit einem neuen „Tonfall“, einer neuen, klaren aber ausgeklügelten Geste. Er seine Rolle in allen denkbaren Variationen aus, ohne sie jemals zu verlieren, er beschützt sie, indem (ganz untypisch) kompromisslos. Was für ein Komödiant, der so die Komödie noch persifliert, und gar singen kann. Matthias

Internationale Herbstakademie

Bekannte Musiker präsentieren ihr Können

Bremen wird im Herbst zum Treffpunkt einer weltweit bekannten und gefragten Künstlerschaft. Nach dem Erfolg vom vergangenen Jahr läuft vom 2. September bis 6. Oktober wieder die „Internationale Herbstakademie für Musik“, gemeinsam veranstaltet von der Hochschule für Künste und der Akademie für alte Musik. In Meisterkursen, Kursen, Workshops und Projekten werden die Musiker wieder ihr Können präsentieren, wobei nahezu alle Musiksparten vertreten sind. Die Internationale Herbstakademie darf durchaus als Glanzstück der bremischen Musikausbildung bezeichnet werden. Doch nicht nur

die Studentinnen und Studenten dürften von dieser Einrichtung profitieren: Auch die musikinteressierte Öffentlichkeit wird wieder Gelegenheit haben, in zahlreichen Konzerten ungewöhnliche Musikdarbietungen zu erleben.

Mit ihrem vielseitigen Programm ermöglicht die Internationale Herbstakademie die Begegnung von Studenten und Berufsmusikern aus den Bereichen Alte und Neue Musik, der Klassik sowie des Jazz. Der Bogen ist weit gespannt, denn das Konzept sieht vor, Musik in all ihren Erscheinungsformen und Wirkungen zusammenzufassen —

von der zeit Monteverdis bis hin zu avantgardistischen Kompositionen.

Aus dem Bereich „Alte Musik“ wird neben vielen anderen der Lautenspieler Paul O'Dette aus New York nach Bremen kommen, als Vertreter der Neuen Musik ist zum Beispiel Vinko Globokar aus Paris eingeladen. Ein offener Bigband-Workshop wird von dem bekannten Bigband-Leader Peter Herbolzheimer geleitet. Des weiteren werden Rudolf Buchbinder (Klavier), Heinrich Schiff (Violoncello), Tatjana Gridenko (Violine) und Kurt Moll (Gesang) an der Weser erwartet — um nur einige der bekannten Namen zu nennen.

Auf Gastspielreise

Ratzeburger Domkantorei in Königsberg

Als erste deutsche Ensembles nach dem Krieg treten das Deutsche Bachorchester (Sitz: Hamburg) und der Ratzeburger Domchor unter Leitung ihres Dirigenten, Kirchenmusikdirektor Dr. Neithard Bethke, in Königsberg/Ostpreußen (Kaliningrad) am 31. Mai 1991 in öffentlichem Konzert auf. Diese beiden, durch maßstabsetzende Aufführungen über Deutschlands Grenzen hinaus gelobten renommierten Ensembles wurden von der Philharmonie Kaliningrad eingeladen, als Schlußveranstaltung des international bekannten Frühlingssmusikfestivals „Die Bernsteinkette“ gemeinsam die „Hohe Messe in H-Moll“

von Johann Sebastian Bach aufzuführen. Außer den beiden genannten Ensembles wirken bei diesem Konzert mit die Vokalsolisten Dorothea Röschmann (Flensburg): Sopran; Gisela Pohl (Marburg): Alt; Thomas Dewald (Aachen): Tenor; Otto Katzmeier (München): Baß sowie das dem Ratzeburger Domchor durch viele gemeinsam bestrittene Konzerte eng verbundene Collegium Musicum Olsztyn, der zu den besten Kammerchören Polens zählt.

Einen Tag nach der Aufführung der H-Moll-Messe in Kaliningrad, der übrigens quasi als kulturelle Eröffnung des Papst-Besuches eine

Voraufführung in der Kathedrale Allenstein (Olsztyn)/Ostpreußen am 30. Mai vorausgeht, spielt der organist Dr. Neithard Bethke die Philharmonie Königsberg ein gelkonzert mit Werken von Johann Sebastian Bach.

Die Konzertreise des Deutschen Bachorchesters und des Ratzeburger Domchors erfolgt im Rahmen des Kulturaustausches zwischen Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR. Sie wird ganz wesentlich gefördert vom Ministerium Äußeren in Bonn, dem Deutschen Musikrat, der Landesregierung Schleswig-Holstein und dem Herzogtum Lauenburg.

Mein Kampf in Rostock

Drei lange Stunden gegen Pein und Schlaf

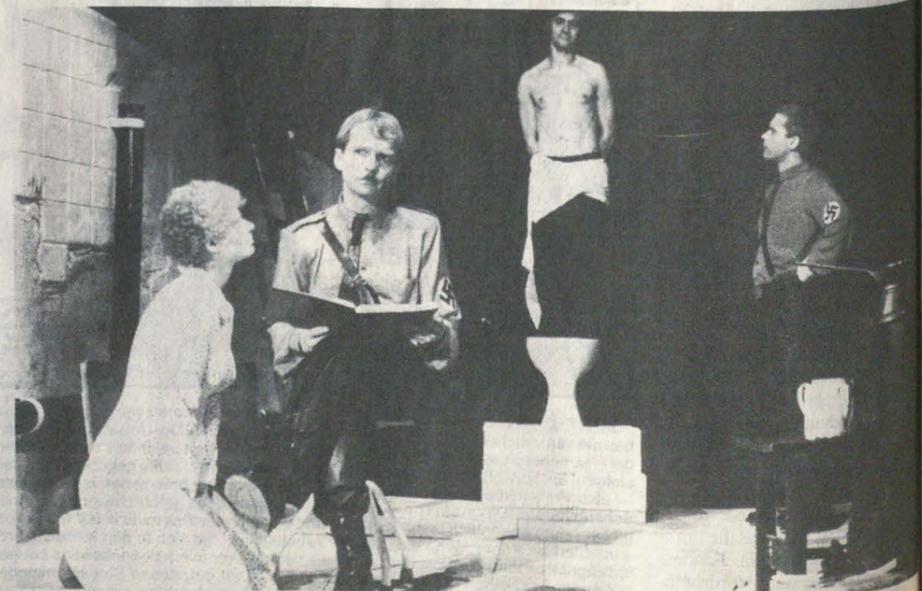
„Das ist ein starkes Stück“ — Georg Tabori's Stück „Mein Kampf“ einerseits, und andererseits diese Inszenierung desselben Stückes auf den Spielplan zu setzen. Die Regie ist offensichtlich einem Mißverständnis aufgesessen: Wenn Altmeister Tabori sein Stück mit „Eine Farce“ unterteilt so ist damit nicht zwangsläufig gefordert, daß die Regiearbeit zur Farce gerät. Möglicherweise ist die Regisseurin auch einfach von benachbarten Theatern, in einem Schub von Konkurrenzangst, bestochen worden. Die Inszenierung scheint jedenfalls darauf ausgerichtet, die vom angekündigten Tabori-Stück ins Haus gelockten Zuschauer aus dem Theater wieder zu vertreiben.

Kurzum: Es ist tatsächlich unfair, diese Black-out-Vorstellung öffentlich zu rezensieren. Das hat das Rostocker Theater nicht verdient.

Generalintendant Bernd Renne, der sich so heftig und ausdauernd dem Vorwurf ausgesetzt sah, zu viele Kunst-Gastarbeiter zu beschäftigen und die hauseigenen Potenzen zu vernachlässigen, hat ausgerechnet hier eine unglückliche Hand gehabt. Gerade zu diesem Reifalt hat, zwar wesentlich und entscheidend, nur ein Gast beigetragen: die Regisseurin. Alle übrigen Akteure kamen aus den eigenen Reihen. „Ach hätte er nur ...“ die Regie einem hausangestellten Kollegen übertragen und die

übrigen Aufgaben von Gästen erledigen lassen. So erbrachte der Abend den Beweis, daß in Rostock offensichtlich ohne Gäste kein akzeptables Theater zu spielen ist.

Für wirklich störrische Hinterfrager also noch zwei drei Tips: Sie erwartet ein Bühnenbild, das mit 'einfallslos, nämlich althergebrachtes Anatevka-Klischee' eher beschönigend beschrieben ist, eine schon genial anmutende Rollenbesetzung und zwar durchgängig, und — unterm Strich ein Stück, dem so gründlich der Zahn gezogen ist, daß man zum Schlußvorhang mehr den Publikums-Mitinsassen Beifall zollt, solange ausgeharrt zu haben. Wolfram Pilz



Kultur

Ernst Ludwig Kirchner

„Ernst Ludwig Kirchner — Meisterwerke der Druckgraphik“ heißt die Ausstellung, die nach dem Brücke-Museum in Berlin und dem Folkwang-Museum in Essen nunmehr ab 12. Mai in Bremen zu sehen ist. Die Kunststhalde ist nicht nur die einzige Station dieser außergewöhnlichen Präsentation in Norddeutschland, hier wird sich auch bis zum 7. Juli die letzte Gelegenheit bieten, sich an Bildern von höchster Qualität einen Einblick in das graphische Schaffen eines Künstlers zu verschaffen, der als einer der bedeutendsten Maler unseres Jahrhunderts bekannt ist.

Zugleich aber hat der 1880 geborene Kirchner ein umfangreiches Oeuvre an Druckgraphik von hoher künstlerischer Qualität hinterlassen, das auch in seiner Menge nur noch von Picasso übertroffen wurde. Von 1904 bis zu Kirchners Freitod im Jahre 1938 sind über 2000 Holzschnitte, Radierungen und Lithographien entstanden, von denen viele der schönsten jetzt in Bremen zu sehen sind.

Die in Deutschland vernachlässigte Druckgraphik erfuhr durch Kirchner einen neuen Höhepunkt, der in seinem Schaffen an die Blütezeit dieser Techniken im 16. Jahrhundert anknüpfte, an Künstler wie Dürer und Beham. Kirchner selbst sah sich in der Tradition dieser großen Exponenten und ließ der Graphik oftmals eine größere Bedeutung zukommen als seiner Malerei. Wie besessen experimentierte er mit den technischen Möglichkeiten, erfand neue Druckverfahren und erweiterte ständig sein Vokabular des künstlerischen Ausdrucks.

„Es hat einen großen Reiz“, so schrieb er einmal, „in wochen-, ja monatelanger Arbeit immer und immer wieder überarbeitend das Letzte an Ausdruck und Formvollendung zu erreichen, ohne daß die Platte an Frische verliert. Der geheimnisvolle Reiz, der im Mittelalter die Erfindung des Druckens umfloß, wird auch heute noch von jedem verspürt, der sich ernsthaft und bis in die Details des Handwerks mit Graphik beschäftigt.“

Kirchner hat dies sein Leben lang getan, und die Ausstellung aus dem Brücke-Museum zeigt Spitzenblätter aus allen Schaffensphasen. Bei der Zusammenstellung dieser hochkarätigen Werkübersicht ist es zudem gelungen, eine große Anzahl seltener Graphiken, Unikate und Abzüge besonderer Eigenart als Leihgabe aus privaten und öffentlichen Sammlungen in Europa und den USA zu erhalten.

Zu der Ausstellung erscheint ein Katalogbuch im Umfang von rund 350 Seiten mit mehr als 150 Abbildungen überwiegend in Farbe und einer Einführung in Kirchners Druckgraphik. Es ist in der Kunststhalde Bremen zum Preis von 45 DM erhältlich. Öffnungszeiten: Dienstags von 10 bis 21 Uhr, mittwochs bis sonntags von 10 bis 17 Uhr, montags geschlossen.



Johann Gottfried Schadow Löwin, 1833

Handzeichnungen par excellence

Berliner Zeichenkunst im Staatlichen Museum Schwerin

„Von Chodowiecki bis Liebermann“, so heißt eine derzeit in Schwerin gezeigte Ausstellung von Handzeichnungen. Gezeigt werden noch bis zum 30. Juni über 100 Arbeiten von 58 Berliner Künstlern des 18. und 19. Jahrhunderts, so u.a. Zeichnungen von Johann Gottfried Schadow, Adolph Menzel, Walter Leistikow, Franz Skarbina, Carl Graeb, Karl Friedrich Schinkel und Carl Blechen.

Die Ausstellung ist eine Übernahme vom Berlin Museum, das 1962 infolge der Teilung Berlins gegründet wurde. Damit entstand ein Museum in Berlin-West, das die Entwicklung Berlins durch kulturgeschichtliche Objekte, bildende Kunst und Dokumente vermittelt.

Großzügige Stiftungen und Finanzierungen von öffentlicher Seite als auch von Privatpersonen ließen die Bestände rasch anwachsen. In der Schausammlung können heute unter Berücksichtigung der politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung die historischen Epochen vom Mittelalter bis zur Gegenwart präsentiert werden.

Das Berlin Museum ist nicht ausschließlich ein Kunstmuseum. Objekte der Alltagskultur, Archivalien, Fotos und Schrifttafeln werden in die kulturgeschichtlichen Ausstellungen einbezogen. Epochen der Kunstgeschichte, in denen Berlin im Zentrum der Kunstentwicklung stand kann das Museum mit hervorragenden Kunstwerken belegen. Hervorgehoben seien die Kunstgegenstände aus der Königlich-

chen Eisengießerei Berlins und Services und Prachtvasen aus der königlichen Porzellanmanufaktur. Die Graphische Sammlung verfügt mit etwa 5000 Handzeichnungen und 2500 druckgraphischen Blättern über den umfangreichsten Bestand. Besonders bemerkenswert ist der Besitz des nahezu vollständigen Radierwerkes von Daniel Chodowiecki, dazu die 700 Zeichnungen von Emil Orlik und die 2000 Zeichnungen und Druckgraphiken von Heinrich Zille.

Aus dem reichen Fundus des Berlin Museums ist nun eine repräsentative Auswahl von Handzeichnungen in Schwerin zu sehen. Das Museum hat Dienstag bis Sonntag jeweils von 10.00 bis 17.00 Uhr geöffnet. **K. Röderan**

Bücher gegen das Vergessen

„Es flogen als Asche und Rauch viele tote kleine Kinder mit ...“

Die Fakten, so meint man, sind bekannt. Sechs Millionen Juden sind in deutschen Konzentrationslagern mißhandelt, erschlagen, zu Tode gequält, vergast, verbrannt worden. Das Grauen und das Entsetzen, das dahinter steht, ist so unfassbar, daß es kaum möglich scheint, es in Worten nahezubringen. In zwei schmalen Bänden aus Bremer Verlagen geschieht aber gerade dies: Es sind die „Auschwitz-Kinderlieder“ aus dem Donat-Verlag und aus der Edition Temmen die „Deportation Bremer Juden nach Minsk“.

Die Zahl jüdischer Kinder, die in den Konzentrationslagern umgebracht wurden, wird auf 1 200 000 geschätzt. Aber nicht um Zahlen geht es in den Auschwitz-Kinderliedern eines Autors, der nicht genannt sein will. Er beweist, daß Gedichte über Auschwitz möglich sind: „Es war ein Kind in Birkenau / Gegangen durch den Kamin / Das mußte jetzt im Winterwind / Am eisigen Himmel ziehn / Das kleine Kind war nicht allein / Es flogen als Asche und Rauch / viele tote kleine Kinder mit / und Neugeborene auch“. Dieses „Lied vom toten Kind, das sich wärmen wollte“,

greift bis ins Heute hinein, in die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit, die nicht zu bewältigen ist. Der Verleger Helmut Donat hat erfahren müssen, daß Buchhandlungen den Band nicht auslegen wollten, daß sie eine solche Mahnung, der man sich unmöglich entziehen kann, für unzumutbar hielten.

Die Brutalität, die Entwürdigung, die Stationen der systematischen Vernichtung beim Namen zu nennen, auch und gerade wenn es um das Geschehen in der eigenen Stadt geht, hatte sich Bremens Bürgermeister Klaus Wedemeier in seiner Ansprache bei der Gedenkveranstaltung zur Deportation Bremer Juden nach Minsk zur Aufgabe gemacht. „Er hat uns gelehrt“, so Pastor Heinrich Albertz zu den Worten Wedemeiers, „hinzuschauen und nicht wegzusehen, summarische Bekenntnisse zu vermeiden, zu sagen, was war und wie es war“.

Mit der Gedenkveranstaltung, die in dem Band aus der Edition Temmen dokumentiert ist, wurde im vergangenen Jahr an den 17. November 1941 erinnert. An diesem Tage wurden die letzten Juden aus Bremen in Viehwaggons gepfercht und in die deutschen Vernichtungs-

lager im weißrussischen Minsk gebracht. Nur wenige haben überlebt, kaum einer kam nach Bremen zurück.

Zum 50. Jahrestag dieses letzten Deportationszuges will eine Initiative engagierter Bürgerinnen und Bürger aus Bremen nach Minsk fahren, Erinnerungen wecken. Wissen vermitteln und eine Brücke schlagen zu Menschen und Friedensgruppen dort. Das Buch „Deportation Bremer Juden nach Minsk“ soll helfen, diese Reise zu finanzieren. Es enthält neben den Redebeiträgen von Albertz und Wedemeier auch die Texte jiddischer Lieder im Original und in der Übersetzung, die bei der Gedenkveranstaltung von Uta Garcia vorgetragen wurden. Sie sind erschütterndes Zeugnis der Leiden und der Verfolgung, der die Juden seit Jahrhunderten ausgesetzt gewesen sind.

Der Band „Deportation Bremer Juden nach Minsk“ aus der Bremer Edition Temmen kostet 10 Mark, die „Auschwitz-Kinderlieder“ aus dem Donat-Verlag sind zum Preis von 9,80 Mark erhältlich. Beide Bücher sind im Buchhandel zu bekommen.

Einbrennen ins Gedächtnis

Anne Frank — die letzten sieben Monate

Ein junges Mädchen ist zum wohl bekanntesten Symbol für die ermordeten Juden während der NS-Zeit geworden: Anne Frank, deren Tagebuch ein erschütterndes Zeugnis der Verfolgung ist. Dieses Buch, inzwischen in viele Sprachen übersetzt, millionenfach gedruckt, es ist sicherlich durch kein anderes Werk zu ersetzen. Sehr wohl kann dessen Lektüre jedoch ergänzt werden. Ein gelungenes Beispiel dafür ist das Buch „Anne Frank — Die letzten sieben Monate“.

Sechs Augenzeuginnen berichten darin über ihre Begegnungen mit Anne Frank, nachdem die 15jährige zusammen mit ihrer Familie und wenigen Freunden verraten und vom Sicherheitsdienst aus ihrem Versteck im Hinterhaus an der Amsterdamer Prinsengracht geholt wurde. In diesem Augenblick, am 4. August 1944, enden endgültig die Eintragungen ins Tagebuch, die persönliche Geschichte Anne Franks scheint damit ebenfalls zu enden. Doch das eigentliche Martyrium stand Anne, die nach langer Zeit im Versteck voller Konflikte und Angst schon um ihre Kindheit betrogen worden war, noch bevor.

Vier Tage nach ihrer Verhaftung durch deutsche Polizei und niederländische Helfershelfer wurde die Familie Frank in das Lager Westerbork verschleppt. Dieser Ort wurde als Durchgangslager genutzt, als Teil der Deportationsmaschinerie, die die Juden in die deutschen Vernichtungslager verfrachtete. Schon am 3. September 1944 wurden die Franks mit dem letzten Transport aus den Niederlanden nach Auschwitz, in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau, deportiert. Mit ihnen in einem Waggon war auf der schrecklichen Fahrt Janny Brandes-Brilleslijper, eine der Augenzeuginnen, die im Buch berichten. Sie stand zusammen mit ihnen auf der Rampe von Auschwitz und zog mit ihnen weiter ins Lager Birkenau. Dort trafen weitere Augenzeugen Anne Frank vor allem mit ihrer Schwester Margot, die immer versuchten, zusammen zu bleiben. Doch schon keine zwei Monate später wurden Anne und Margot gemeinsam mit anderen Opfern in das Konzentrationslager Bergen-Belsen transportiert. Dort sah sie ihre beste Jugendfreundin Hannah wieder, schaffte es noch wenige Male, sich

mit ihr an einem Stacheldrahtverhau zu treffen. Etwa einen Monat vor der Befreiung des Lagers durch britische Truppen starben Anne und Margot, schon lange gekennzeichnet von Hunger und Erschöpfung, an Typhus. Rachel van Amerongen-Frankfoorder berichtet: „Sie bekamen diese ausgehöhlten Gesichter, Haut über den Knochen. Sie froren schrecklich, weil sie die ungünstigsten Plätze der Baracke hatten, unten an der Tür, die ständig auf und zu ging. Man hörte sie dauernd schreien: 'Tür zu, Tür zu', und diese Rufe wurden jeden Tag etwas schwächer. Man sah sie sterben, beide, zusammen mit anderen.“

Janny Brandes-Brilleslijper sah Anne noch kurz zuvor: „An irgendeinem Zeitpunkt in den letzten Tagen stand Anne in eine Decke gehüllt vor mir. Sie hatte keine Tränen mehr, ach, die hatten wir längst nicht mehr, und sie erzählte, es hätte ihr so gequält vor den Tieren in ihren Kleidern, daß sie alle Kleider wegwerfen hätte.“ Zwei Tage später wollte sie nach den Schwestern Frank schauen: „Sie waren beide tot. Erst ist Margot aus dem Bett auf den Steinboden gefallen. Sie war nicht mehr imstande, sich zu erheben. Anne starb einen Tag später.“

Das Buch entstand während der Arbeiten an einem Dokumentarfilm, den Herausgeber Willy Lindwer für eine niederländische Fernsehgesellschaft drehte. Der Film erhielt 1988 die Auszeichnung für den besten internationalen Dokumentarfilm. Im selben Jahr erschien das Buch in niederländischer Sprache, nun liegt es in der deutschen Übersetzung vor.

Wie schrieb doch SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein kürzlich? Nach aller menschlicher Erfahrung muß es erfolglos bleiben, uns und denen, die nach uns kommen, die Erinnerung an die Rampe von Auschwitz für immer ins Gedächtnis zu brennen. Dieser gefährlichen Resignation widerspricht das vorliegende Buch in unwiderlegbarer Form. Es macht die Figur Anne Frank wieder lebendig und damit ein Vergessen unmöglich. **Tim Tapir**

Willy Lindwer: Anne Frank. Die letzten sieben Monate. S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 1990, 255 Seiten.

GÜSTROW — LONDON — NEW YORK

Hier geht's zum Abo 52 mal Mecklenburger Aufbruch für nur 40,- DM, oder das Förderabo für 65,- DM

JA! Ich will den MA ein Jahr lang jede Woche in meinem Briefkasten haben.

Name/Vorname _____
 Straße/Hausnummer _____
 PLZ/Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon _____

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht 6 Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Ich wähle das Abo für 40 DM im Jahr
 Um Ihre Portokasse zu entlasten, nehme ich das Förderabo für 65 DM im Jahr.
 Zahlungsweise: Gegen Rechnung (bitte keine Vorauszahlung leisten, Rechnung abwarten)
 Bequem und bargeldlos durch Bankabbuchung

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____
 Bankinstitut _____

Name/Unterschrift _____
 Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an: Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.
 Ich bestätige dies mit meiner 2. Unterschrift _____
 Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
 Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.



Schnupper-Abo 12 mal Mecklenburger Aufbruch für nur 10,- DM

JA! Ich will den MA für ein 1/4 Jahr lang jede Woche in meinem Briefkasten haben.

Name/Vorname _____
 Straße/Hausnummer _____
 PLZ/Wohnort _____
 Geburtsdatum _____ Telefon _____

Der Preis schließt die wöchentliche Zustellgebühr ein.

Ich lege 10 DM in Briefmarken bei
 Ich lege 10 DM in bar bei.
 Zahlungsweise: Ich lege einen Verrechnungsscheck über 10 DM bei

Das Abo endet nach einem Vierteljahr. Es wird nicht automatisch verlängert. Es entstehen keinerlei Verpflichtungen.

Meine Widerrufsgarantie: Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb von 10 Tagen nach Bestellung schriftlich widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs (Datum des Poststempels) an: Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.
 Ich bestätige dies mit meiner Unterschrift _____
 Bestellcoupon ausschneiden und im Briefumschlag senden an:
 Mecklenburger Aufbruch, Leser-Service, Puschkinstraße 19, O-2750 Schwerin.

Sehenswert — empfehlenswert



Verbotene Liebe ELF 99 — Der Sonntagfilm (Deutscher Spielfilm 1989) — Szene mit Julia Brendler als Barbara und Hans-Peter Dahm als Georg. Regie: Helmut Dziuba. DFF-Länderkette, 2. Juni 90, 16.00 Uhr. Foto: DFF

Samstag, 1.6.

Die Elixire des Teufels

ZDF, 23.25 Uhr

Mit dem Fund einer geheimnisumwitterten Reliquie beginnt für den jungen Mönch Medardus (Dieter Laser) ein gespenstisches Abenteuer. Durch den Genuß der „Elixire des Teufels“ wird er zu einem begnadeten Prediger, dessen extatische Reden ihn schnell berühmt machen. Doch mit der Macht der Rede stellt sich auch eine Reihe von Verbrechen ein — seit ein geheim-

nissvoller Doppelgänger sich an Medardus' Fersen heftet. Auf einer Reise nach Rom muß sich der junge Priester von der Polizei retten, die ihm grauenhafte Untaten zur Last legt. Nur mit knapper Not entgeht er der Hinrichtung. In sein Heimatkloster zurückgekehrt, kommt es zwischen dem Verfolgten und seinem zweiten Ich zur entscheidenden Auseinandersetzung.

Donnerstag, 30.5.

Die innere Mauer

ZDF, 21.00 Uhr

Vielleicht hätte die Mauer, die die beiden deutschen Staaten so lange trennte, nie gebaut werden können, wenn nicht vorher schon eine lange Mauer die Menschen in Ost und West einander entfremdet hätte: Vorurteile, Projektionen, Uniformiertheit, Desinteresse, Gleichgültigkeit ...

Innere Barrieren gibt es auch nach der politischen Einheit noch genug, trotz besten Willens, oft genug „im Keller“ unserer Psyche.

Die Autorin kommt aus der ehemaligen DDR. Sie will diese „Kontakte“-Sendung auf eine sehr ehrliche, subjektive Art gestalten, die ihre eigenen Erfahrungen — damals und heute — bewußt einbezieht.

Darstellen möchte sie Menschen aus Ost und West, die heute konkret miteinander zu tun haben. Einer seriös erscheinenden Anzeige — in der Tat steckt ein Mensch dahinter mit Lehrauftrag an einer Universität — ging sie nach: „Mit uns machen sie Karriere. Sie schenken uns ihr Vertrauen — wir geben ihnen Erfolg.“ Was sind das für Leute, die diese Angebote machen; und welche Frauen und Männer gehen darauf ein? Welche Erfahrungen machen sie miteinander — von den anderen und von sich selbst —?

Wenn „zusammenwachsen“ soll, was zusammen gehört, muß auch die „innere Mauer“ abgetragen werden. Dazu muß sie aber vielfach erst einmal entdeckt werden.

Samstag, 1.6.

DDR — ohne Titel

Dokumentarfilm DDR/Bundesrepublik

Deutschland 1990

N 3, 20.15 Uhr

Menschen und Stimmen, Objekte, Landschaften und Musik: eine Reise durch die im März 1990 noch existierende DDR. Harry Rag über seinen Film: „Der Film beginnt mit der Wahl zur Volkskammer der DDR am 19. März 1990 in einem Wahllokal auf Rügen. Hiernach begann eine Reise durch diese Republik, über Rostock durch den Harz nach Thüringen, vom Erzgebirge nach Niederlausitz, von Potsdam zur Uckermark. Wir besuch-

ten Fabriken und Kirchen, trafen Schulkinder und Künstler, beobachteten Handwerker und entdeckten Natur. Deutsche Natur. Die Eindrücke und Momentaufnahmen sind ohne großen Kommentar aneinandergelagert, immer auf der Suche nach dem Phänomen einer „anderen“ Zeit, nach den „anderen“ Rhythmen im „anderen“ Deutschland. Wenn es einen Kommentar gibt, so ist es in diesem Film die Musik.“



Jenseits von Afrika: In faszinierenden Bildern fängt die Kamera von David Watkin die Schönheiten der afrikanischen Landschaft ein, aber da sind auch drei Hauptdarsteller, die außergewöhnliche Charaktere gestalten: Meryl Streep, Robert Redford und Klaus Maria Brandauer haben bereits große, unvergessene Rollen im Film gespielt. „Jenseits von Afrika“ wird gewiß ein Höhepunkt in den Filmographien der drei Weltstars bleiben. Sonntag, 2.6., DFF, 20.00 Uhr. Foto: DFF

Sonntag, 2.6.

Heldenfrühling

ZDF, 22.25 Uhr

„Heldenfrühling“ — doch fast alle diese „Helden“ wollen zu ihrem Glück keine sein; es sind fünfzehnjährige Schüler, die der Krieg noch spät zu Soldaten machen soll. Den „Frühling“ gibt es dafür gleich zweimal: den des Jahres 1945 und den im Leben der Jungen. Das war damals für viele ein tragischer Widerspruch. Die beiden Hauptfiguren aus Berlin und Österreich, Freunde mit unterschiedlicher Statur und Mentalität, müssen sich anstrengen, nicht nur zu überleben, sondern rechtzeitig zu entdecken, „ob de wat taugt in der Liebe. Aber wenn dauernd die Tiefflieger kommen? Mann, wenn ick denke, wat wir alles vielleicht jar nich mehr erleben ...!“

Storz und Kehlmann zeigen in ihrer Tragikomödie realistisch, wie Lust und Tod, Angst und Neugier, Wahn und Hellsicht, Schrecken und Idylle, Spannung und Witz in haarscharfer Nähe beieinander liegen.

Montag, 3.6.

Das Foto wird schreien!

ZDF, 22.25 Uhr

John Heartfield war ein parteilicher, ja agitatorischer Künstler, vielleicht der entschlossenste Kämpfer gegen den Aufstieg der Nazis, den die Kunst der Weimarer Republik hervorgebracht hat. Heartfield bedient sich modernster Technik: Die Fotomontage ist seine Erfindung. Als Plakate, Zeitschriftentitel oder Buchumschläge fanden seine Arbeiten massenhafte Verbreitung.

John Heartfield wäre in diesem Jahr hundert Jahre alt geworden. Das ZDF ehrt Künstler und Werk mit einem Feature, das die ehemaligen DEFA-Dokumentarfilm-Autoren Maja Ulbrich und Konrad Herrmann realisiert haben. Anlaß ist die große Jubiläumsausstellung der Akademie der Künste in Berlin, die im Mai im Alten Schloß in Berlin eröffnet wird. Film und Ausstellung zeigen bisher unbekanntes Fotomaterial Freunde des Künstlers erinnern sich.



„Der zerschossene Traum von Marracuene“ Die Spuren des Krieges sind unübersehbar. Zerstörte Häuser und Menschen, die keine Arbeit finden. Dienstag, 4. 6., ZDF, 22.40 Uhr. Foto: ZDF

kurz angerissen

Donnerstag, 30.5.

Doppelpunkt, ZDF, 22.25 Uhr: „Dann kommen wir eben rüber!“ Packen die jungen „Ossis“ jetzt die Koffer? Täglich neue Horrormeldungen über die Explosion der Arbeitslosigkeit und das Desaster der Wirtschaftslage in der Ex-DDR. Im Westen dagegen boomt die Wirtschaft. Das Resultat: die „Ossis“ packen die Koffer, die Zahl der Abwanderer aus der Ex-DDR steigt.

Freitag, 31.5.

K. u. K. — Kombos und Kapellen, DFF, 21.35 Uhr: Tamara Danz von Silly singt: „Alles wird besser, aber nichts wird gut.“ Puhdy Dieter Birr erzählt von Auftrittsorten, in denen früher nicht einmal die Technik Platz gehabt hätte.

Die Glasglocke DDR ist zersprungen, Scharfer Wind treibt die Splitter umher.

K. u. K. ist in die Szene gegangen, hat beobachtet und gefragt: War im Treibhaus DDR der Einäugige König? Will der Westmarkt Rockmusik mit ostdeutschen Texten? Was bricht mit der Finanznot der Kommunen zusammen?

Sonnabend, 1.6.

Wie weiter? Funk und Fernsehen in Ostdeutschland, DFF, 21.40 Uhr: Zwei Kürzel sorgten jüngst für neuen Aufwind in der Debatte um die Fernseh Zukunft Ostdeutschlands — das Projekt „Tele O“ und die diskutierte Dreiländeranstalt NOR (Nordostdeutscher Rundfunk). Wird „Tele O“ die „neue TV-Vision für den Osten“, wie ein Blatt schrieb? Einigen sich Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern schließlich doch noch, gemeinsam einen NOR aufzubauen?

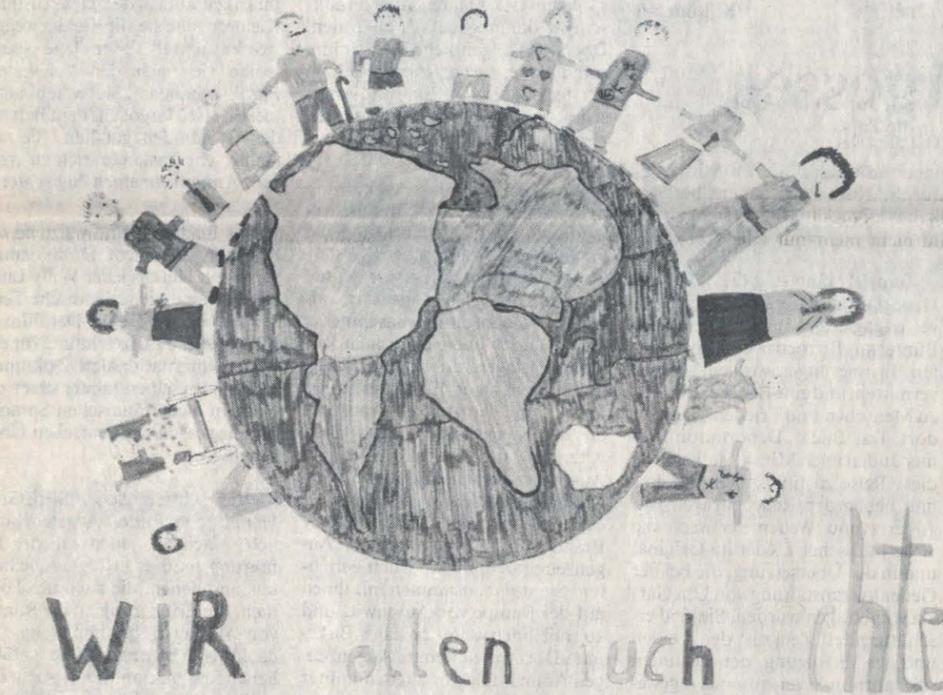
Sonntag, 2.6.

Den Opfern ein Gedächtnis, Rolf Hochhuth, N 3, 14.15 Uhr: Sein zeitgeschichtliches Stück „Der Stellvertreter“ wurde selbst ein Stück Zeitgeschichte: Auf die Prozesse gegen Hochhuths These von der Mitschuld des Vatikans an Hitlers Judenverfolgung reagierten die Medien mit einem Tribunal gegen seine Kritiker. An den deutschen Theatern begann die Welle der Dokumentarstücke. Hochhuth zog weitere Skandale ans Licht und auf die Bühne und wurde wiederum selbst Skandal („Soldaten“, „Ärztinnen“, Juristen“ u.a.).

Dienstag, 4.6.

Der amphibische Affe. Kommt der Mensch aus dem Wasser?, N 3, 23.30 Uhr: Nichts hat den Menschen mehr erregt und beschäftigt als die eigene stammesgeschichtliche Herkunft. Fast alle Hochkulturen sahen ihn als gottähnlich und den Tieren nicht verwandt. Das war noch bis zum Ende des 19. Jahrhunderts Dogma der christlichen Kirchen. Muß die Geschichte der Menschwerdung umgeschrieben werden, oder entpuppt sich die unorthodoxe Theorie als blanker Unsinn? Ist Professor Alister Hardy ein Scharlatan oder ein Genie?

Eis, ARD, 23.30 Uhr: Im idyllischen Weinort Riedau, auf der österreichischen Seite des Neusiedlersees, wird in der Neujahrsnacht der junge Sandor ange-trunken bei der örtlichen Gendarmerie von Grenzpolizisten abgeliefert. Am nächsten Morgen ist Sandor spurlos verschwunden ...



„Global '91 — Eine Zukunft für die Kinder“ „Die Berichte über die Umwelt- und Naturkatastrophen haben mich sehr erschüttert“, schrieb Marisol Stege, Schülerin der fünften Klasse aus dem bayerischen Oberhöching, dem NDR nach seiner Auftaktendung zur Aktion „eine Welt für alle“, mit der europäische Rundfunkanstalten im vergangenen Jahr auf die weltweiten Probleme von Umwelt und Entwicklung aufmerksam machten. Auch in diesem Jahre produziert der NDR dazu wieder einen 30minütigen Themen-Report; „Global '91 — Eine Zukunft für die Kinder“. Montag, 3. 6., N 3, 21.30 Uhr. Bild: Kinderzeichnung „Wie wollen auch Rechte“ von Anika Gießler, 12 Jahre aus Emden. Foto: NDR

Montag, 3.6.

ELF 99 — spezial

DFF, 21.00 Uhr

In der Ex-DDR gab es Siedlungen, für deren Bewohner die „guten alten Zeiten“ wirklich gute Zeiten waren. Zumeist hielten sich dort jene alten „HerrscherInnen“ auf, die ihre Domizile als Born für IHREN unermüden Kampf um eine gerechtere, menschenwürdigere Welt nutzten.

Ein „ELF 99-Team“ mit Redakteur

Lutz Rentner und Kameramann Frank „Otto“ Sperlich fährt wieder einmal in den damaligen Nationalpark „Heile Welt“ nach Wandlitz, um zu erforschen, was aus den Söhnen und Töchtern der einstigen HerrscherInnen geworden ist. Fällt der berühmte Apfel auch hier nicht weit vom oft zitierten Stamm? Wir befragen die Kinder von Wandlitz.

Dienstag, 4.6.

Klartext

Wo ist Thorsten Schallau?

DFF, 20.00 Uhr

„Sehr geehrte Damen und Herren! Seit dem 9. 11. 1988 ist unser Sohn Thorsten verschwunden. An diesem Tag wollte er die DDR mit drei Freunden über die Ostsee verlassen. Seitdem fehlt von ihm jede Spur. Ich muß alles versuchen, meinen Sohn zu finden. Bitte helfen Sie mit dabei.“

Der Hilferuf einer Mutter aus Berlin-Friedrichshain. Ihr Brief erreichte die Redaktion KLARTEXT Ende vergangenen Jahres. KLAR-

TEXT recherchierte und fand heraus: Vor der Wende verwischte die Staatssicherheit sorgfältig alle Spuren. Nach der Wende werden der DRK-Suchdienst und die Kriminalpolizei aktiv.

Aber „verschlossene“ Stasi-Akten verhindern bis heute eine endgültige Aufklärung.

Was geschah mit Thorsten? Seine Mutter lebt noch immer mit der Hoffnung auf ein Lebenszeichen

Forum

Vetternwirtschaft und Eigennutz

nicht wahrhaben wollen ist ein altes Spiel. Die Wahrheit ist bekannt, aber wird erst gedreht und gedeutelt und dann abgestritten. Zum Beispiel ist klar, daß auch zur Zeit der Grenzziehung durch Deutschland beiderseits der blöden Grenze ganz normale Menschen, homo vulgaris, wohnen. Auch im Westen gab es Parteienpersonalpolitik, die nicht von rechten Eltern war, gab es Ja-sager eines Vorteils Willens, Duckmäuser aus Angst, Denunzianten aus Diebstahl usw. usw. Der nach dem Krieg schenkt bekommenen Vorteil des Bestens und jetzt des Ganzen ist und die Regelmäßige freie Wahlen, Versammlungsfreiheit, Streikrecht, Pressefreiheit. Dabei wurde, wen wundert auch die Presse von Menschen geschont und viel zu selten zum Beispiel eingesetzt für diese Freiheit in ganz Deutschland.

länglichkeiten, mit Vetternwirtschaft und Eigennutz, und nur, wenn konsequent und mutig auf Offenheit, Freiheit, Gerechtigkeit und Gemeinnutz bestanden wird, wird alles besser sein und werden als in den letzten 45 Jahren.

Wahr ist auch, daß Hilfe aus dem Westen dringend nötig ist und Recht auf Hilfe besteht, denn auf dieser Seite der Elbe wurde der verlorene Krieg bezahlt, wurde die Gewalt der Braunen mit der Gewalt der Roten vergolten.

Verwaltung und Justiz, Infrastruktur und Wirtschaft können in der erforderlichen Zeit nicht ohne Hilfe aufgebaut werden, und das Recht auf gewisse Gleichheit der Lebensverhältnisse in einem Staat verlangt einen zügigen Aufbau.

Die Hilfe von westlich der Elbe darf aber nicht dazu führen, daß gediegene Fachleute Importis/sen weichen müssen. Daher müssen diese Fachleute,

egal ob Handwerker, Kaufleute oder Studierende, ganz schnell zeigen und auch deutlich machen, daß sie Fachleute sind, und es muß ihnen das Zeigen auch ermöglicht werden.

Mit etwas Nachdenken kommt man schnell darauf, daß auch die Importis/sen nur Menschen sind, daß sie auf den meisten Gebieten, in denen sie eingesetzt werden, nur einen ganz kleinen Wissensvorsprung haben, meist auch nur auf einem ganz kleinen Fachgebiet, und eben Menschen aus Fleisch und Blut sind, bei denen auch noch etwas anderes zählt als Fachwissen. Klugerweise müßten die Importis/sen selber dieses deutlich machen und mit Zurückhaltung dafür sorgen, daß ihren Mitarbeitern nicht durch Dicktun und Eigennutz Zukunft verbaut wird. Andernfalls wird es Unmut und Aggression geben über Jahre und Jahrzehnte.

Zum Beispiel der Landeskonservator. Da gibt es so einen gediegenen

Fachmann. Geboren 1937 in Schwerin, studiert in Dresden, seit 1965 einer der drei Hauptkonservatoren am Institut für Denkmalpflege in Schwerin und seit November 1990 Chefkonservator des Denkmalpflegeinstituts.

Dieser allseits anerkannte Mann hat, wider den offiziellen Strom schwimmend, z.B. schon 1979/80 auf die Wichtigkeit des Erhaltes der barocken Schelfstadt in Schwerin hingewiesen und damit Weichen gestellt, und wer noch mehr über ihn wissen will, der möge in den Architekturführern der früheren Bezirke Rostock und Schwerin, erschienen beim Verlag für Bauwesen in Berlin, unter D. Zander nachlesen, und dann: Dieser Mann war nie in der Partei. Bitte schön, solche Fachleute haben wir hier in Mecklenburg-Vorpommern, und diese sollten nicht durch Importis/sen ersetzt werden. Anders wird, wie schon gesagt, Unmut, Lustlosigkeit und auch Aggression vorprogrammiert.

Sicher, Personalpolitik ist nicht Sache der Presse, aber die Presse muß auf die Finger und in die öffentlichen Stuben sehen und muß bei der Beurteilung der Mächtigen helfen, denn es wird jetzt ja regelmäßig und frei gewählt. Und möge daher auch der Chronist nicht nachteilig behandelt werden.

Dieter Haker

Meinung

Umbenennen, wegräumen?

Es gibt ältere Zeitgenossen, die im Laufe ihres Lebens in fünf verschiedenen Straßen gewohnt haben, ohne jemals umgezogen zu sein. Es ist zu hoffen, daß die derzeitigen Umbenennern haltbare Namen finden.

Die Benennung einer Straße nach einer Person ist eine Ehrenbezeichnung. Eine Straße ist kein Mahnmahl. Ein Straßename kann keine negativ besetzte geschichtliche Erinnerung repräsentieren. Erscheint eine namengebende Person nicht mehr als ehrenwert, ist die Umbenennung folgerichtig.

Nicht so folgerichtig scheint mir die Demontage der Denkmäler. Ein Denkmal ist ambivalent. Es kann als Ehrenmal gemeint gewesen sein, und kann doch, aus einer veränderten Sicht, zum Mahnmahl werden!

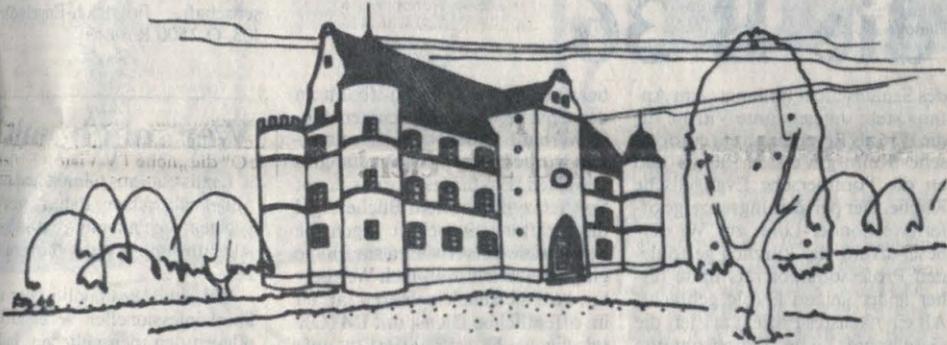
Sind nicht diese überlebensgroßen, der faschistischen Protzkultur, oder der Gigantomanie des zweiten Kaiserreichs nicht nur zufällig nahestehenden Heldenmaler des sozialistisch-realistischen Ideologenkults nicht gerade als Ehrenmaler in Wirklichkeit immer noch

Mahnmäler gewesen dafür, was geschieht, wenn eine Gesellschaft sich auf Gedeih und Verderb einer Ideologie, und damit — bei allem Gemeinschaftsgedusel — einem Führer oder Genossen Vorsitzenden verschreibt?

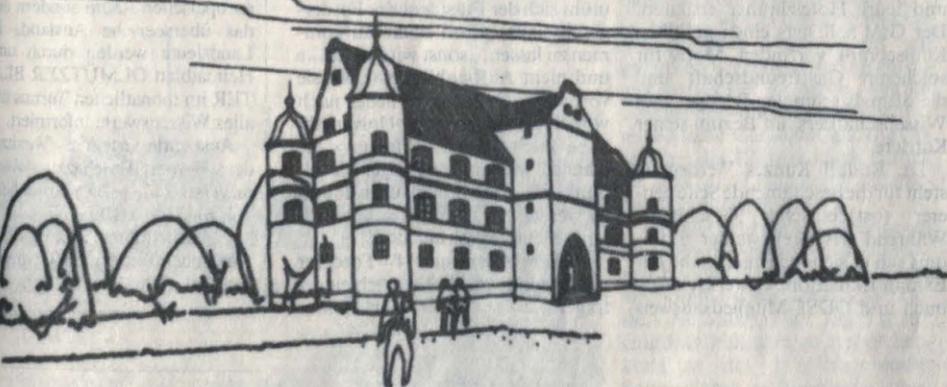
Ich bedauere das Verschwinden der T-34-Panzer von ihren Standplätzen an den Osträndern unserer Städte. Für mich waren sie nie etwas anderes als Mahnmale an eine geschichtliche Wirklichkeit, an die Verstrickung unseres Volkes in einen totalen Willen, der zum totalen Krieg führen mußte, in Gewalt und Gegengewalt. Die Geschichte ist darüber hinweggegangen. Wen hat die Erinnerung an diese Geschichte jetzt noch gestört? Gerade jetzt, wo die Folgen leidlich überwunden scheinen, wäre es ein Zeichen von Größe, von gewonnenem geschichtlichem Abstand gewesen, die Erinnerungszeichen auszuhalten. Das Abräumen der Zeichen kommt mir wie der lächerliche Versuch eines verspäteten, wenigstens symbolisch nachgeholtten Sieges vor. Konrad Wasilewski



NACH 1680



ENDE 19. JAHRH.



NACH DER RESTAURIERUNG, 1966

Unsere Kinder als soziale Opfer?

Der 1. Juli 1991 wird zeigen, wie groß die Zahl der Arbeitslosen tatsächlich ist. Die Warteschleife wird Wirkungen zeigen, die Kurzarbeit wird in Arbeitslosigkeit umgewandelt. 50 Prozent Arbeitslosigkeit sind nicht mehr nur eine Horrormeldung, sie wird gebietsweise bittere Realität.

Wer dann noch weniger an den Dingen seiner Stadt oder Gemeinde Anteil nimmt, ist nicht ein stiller Bürger, sondern ein schlechter. Dringend nötig ist dann das Miteinander in gegenseitiger Verantwortung, statt Gegeneinander in Unverantwortung.

Erste Opfer sind die Kinder. Vorhandene Krippen und Kindergärten werden geschlossen, da die Gemeinden das Personal nicht mehr bezahlen können. Kein Bürgermeister sollte wie die Maus vor der Schlange ohnmächtig erstarren, kein Bürger dies tatenlos hinnehmen. Die Kinderbetreuung muß gesichert werden, sie ist nicht Gegenstand von Sanierung und Rationalisierung, keine Produktionsstätte, die möglicherweise in Konkurrenz zu einem Unternehmen in den alten Bundesländern steht.

Was ist zu tun? Noch heute müßte für jede Gemeinde, jedes Gebiet ein Kindergartenbedarfsplan erstellt werden. Standorte für Krippen und

Kindergärten sind zu sichern. Erzieher, Kindergärtner / innen und Eltern gründen schnell Vereine mit der klaren Zielsetzung, die soziale Betreuung und die Vorschulziehung der Kinder zu sichern. Dieser Verein benennt Personen, die bisher schon mit der Erziehung beauftragt waren und jetzt arbeitslos sind und stellt als Verein Anträge auf Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach Par. 10 der gesetzlichen Regelungen zur Durchführung von ABM im Beitrittsgebiet. Nach Par. 95 dieser Regelungen müssen Anträge vor dem 30. 6. 1991 nicht nur gestellt, sondern auch bewilligt worden sein, damit eine Finanzierung zu 100 Prozent möglich ist. Die notwendigen Unterlagen hierzu können von der Bundesanstalt für Arbeit, Postfach, 8500 Nürnberg 1 bezogen werden unter dem Signum: Vergleichende Übersicht über die Regelungen zur Durchführung von ABM im Beitrittsgebiet nach dem Inkrafttreten des Einigungsgesetzes. Hierzu gehört insbesondere auch ein Schreiben der Bundesanstalt Ia7 — 5590 A — vom Januar 1991 zum Anteil beruflicher Qualifizierung und sozialpädagogischer Betreuung im Rahmen von AB-Maßnahmen.

Gleichzeitig ist vom Verein ein Antrag auf Zuweisung von Sachmitteln für die Ausstattung und Un-

terhaltung der Einrichtung bei der Landessozialverwaltung, Behörde für Arbeit und Soziales zu stellen. Vom Bleistift bis zum Kühlschrank für die Kindergetränke und den Joghurt muß eine dezidierte Aufstellung für eine erste Einmalzuwendung und eine weitere für die durchschnittlichen monatlichen Aufwendungen gemacht und schnellstmöglich eingereicht werden.

Es geht um die Erziehung und soziale Betreuung der Kinder, es geht um die Rettung von notwendigen Arbeitsplätzen. Wer jetzt keinen Anteil nimmt, ist tatsächlich nicht nur ein stiller Bürger, sondern ein schlechter. H.W. Müller-Jording

„Schönes Schwerin“

Ja, schön ist unsere Stadt sicher mit all den reizvollen Seen und Wäldern, einladend für die Wassersportler und Spaziergänger — ganz einfach: für Erholungssuchende. Die Natur tut auch ihr Bestes dazu, zieht ihr allerschnellstes Kleid an, zartes Maiengrün, vermischt mit Pastellfarben wie es prachtvoller nicht sein kann.

Aber warum müssen die Anlagen so schmutzig und verwahrlost sein. Es ist schlimm anzusehen, z.B. beim Spaziergang am Schweriner See in Richtung Zippendorf, überall in der Stadt Unrat, Tüten, Dosen, Papier, Zeitungen, Schmutz und Dreck. Mit offenen Augen durch die Welt zu gehen, zu wandeln auf der Schönheit Spur — so sollte es wieder sein.

Sind die Menschen heute des Guten schon überdrüssig? Wirft man einfach alles von sich, was einem nicht mehr paßt? (Es wird ja wohl einer kommen, der es wieder aufhebt.) Gibt es eigentlich noch Straßenkehrer? Ist heute niemand verpflichtet, vor seiner eigenen Haustür zu fegen? Ein Lob den Kollegen der Stadtwirtschaft — wenn die Container geleert werden, wird gut nachgefegt.

Und all die feinen Autos vor der Tür. Sicher, manche Edelkarosse ist schmuck anzusehen und es wird gewaschen und geputzt. Doch wehe wenn der Besitzer sich verstoßen umsieht und dann schnell seinen Aschenbecher beim Nachbarn unter Auto kippt oder gar frech auf die Straße. Schwerin soll wieder gepflegt aussehen, was wohl eigentlich selbstverständlich ist, wenn jeder bei sich selbst anfängt. Ch. Siggelkow, Schwerin

Ich bin doch auch noch da!

Über die Realutopie eines direkt-demokratischen, gewaltfreien Europas

Die Auseinandersetzung mit Fragen früherer und gegenwärtiger Machtstrukturen, Ansätze einer seit Generationen zu bewältigenden Trauerarbeit aller Deutschen sind den sogenannten „Alltagsproblemen“ gewichen. Gefragt ist der „moderne Bundesbürger“, der — wenn er schon nicht jung und dynamisch ist — doch wenigstens den Kopf oben haben sollte, wenn es um Miet- und Steuerfragen oder die Beschaffung beliebiger Zuschüsse und sozialer Gelder geht. Daß wir uns jedoch einmal mehr in den dicken Nebel einer so scheinheiligen (diesmal parlamentarischen) Demokratie begeben, die uns vorgaukelt, alles zu unserem Besten zu tun, wollen nur Wenige wahrhaben.

betracht einer bevorstehenden europäischen Einigung von oben überaus gefährlich.

Mit dem Optimismus eigene Ideen in das „Europäische Haus“ einzubringen trafen sich vom 3. — 5. Mai 1991 in der Nähe von Rostock etwa 30 EuropäerInnen, um sich dort über Wege in ein direkt-demokratisches, solidarisches Europa ohne Gewalt zu verständigen. Die TeilnehmerInnen aus Frankreich, der Schweiz, Schweden, Dänemark und beiden Teilen Deutschlands diskutierten vor allem Möglichkeiten und Wege zu mehr Selbstbestimmung der BürgerInnen (Direkte Demokratie — unter anderem konkret am Beispiel der mecklenburgisch-vorpommerschen Verfassung, die gegenwärtig ausgearbeitet wird), die zentrale Bedeutung einer solchen Demokratisierung Europas für eine völlige Entmilitarisierung und den

praktischen Aufbau einer Kampagne für ein direkt-demokratisches, solidarisches und gewaltfreies Europa.

Ausgangspunkt des Gesprächs war die Arbeit an einem gemeinsamen, radikalen, direkten und prozessorientierten Demokratieverständnis. Unter Demokratie versteht er, sagte Andreas Gross, Leiter des Institutes für Direkte Demokratie in Zürich und wesentlicher Mitinitiator der „Gruppe Schweiz ohne Armee“ (GSOA), daß kein Mensch von etwas betroffen sein solle, an dessen Zustandekommen er nicht beteiligt gewesen sei. „Politik ist ein kollektiver Lernprozeß, demokratische Politik heißt dann, daß jede und jeder die Möglichkeit hat, an diesem kollektivem Lernprozeß beteiligt zu sein.“ Keine auch nur unzulänglich demokratische Regierung könne sich einem großen Protest widersetzen und die GSOA-Erfahrung

zeige, daß man bis zum Herbst 1989 durch eine „sanften Zwang zur Diskussion“ immerhin 1 Millionen von 4,5 Millionen stimmberechtigten Schweizern zum Volksentscheid für die Abschaffung der Armee habe mobilisieren können. Eine vieldiskutierte These war auch, daß der Nationalstaat für die großen Probleme unserer Zeit, wie Frieden, soziale Gerechtigkeit, ökologisches Gleichgewicht zu klein und für die kleineren Probleme teilweise zu groß sei. Der Nationalstaat verliert somit an Souveränität und die repräsentative, unzulängliche parlamentarische Demokratie weiterhin an Substanz. Schwer vorstellbar auch für mich zunächst, wie denn dann europaweite Regierungsinstitutionen aussehen könnten, die nicht erst recht unübersehbar weit weg von uns nach ihrem Belieben schalten und walten würden. Dazu bot Thomas Mayer von der Initiati-

ve Demokratie Entwickeln (IDEE) einen Diskussionsvorschlag an unter der Überschrift „Direkt-demokratische Ideal-Variante für eine Europäische Union“, der sich mit Möglichkeiten direkter Mitentscheidung europäischer BürgerInnen befaßt. Ein Modell, das unter fünf Schwerpunkten (1. Europäische Verfassung, 2. Repräsentative Organe, 3. Direkte Demokratie, 4. Gesellschaftliche Willensbildung und Rechtsschutz, 5. Förderalismus) konkrete Vorschläge zu einer anderen europäischen Union anbietet. Hier geht es nicht um Illusionen, sondern um das Machbare. Realutopien sind — das habe ich an diesem Wochenende einmal mehr begriffen — Boden und Kraftquelle einer konstruktiven Überwindung der Kluft zwischen unseren Fähigkeiten und Möglichkeiten, an der politischen Entwicklung zu partizipieren. Hilke Falkenhagen

Zweifel werden nur da laut, wo die Bundesregierung materielle Versprechen nicht erfüllt. Diese Kurzsichtigkeit scheint mir gerade in An-

Vermischtes

Annette Köppinger

Ein beschaulicher Feierabendjob ist ihre Sache nicht. Die Ausländerbeauftragte der Stadt Schwerin, Annette Köppinger, bringt Dinge in Bewegung.

Die gelernte und staatlich anerkannte Krankenschwester hat bis 1990 im Schweriner Augustenstift gearbeitet. Altenpflege und Physiotherapie waren dort ihre Aufgaben. Im Frühjahr 1990 begann sie neben ihrer Arbeit sich zunehmend für die Ausländerproblematik zu interessieren und engagieren. Schließlich konnte sie ihre Ideen und Vorstellungen nicht mehr im Freizeitjob realisieren, also wechselte sie den Beruf und ließ sich von der Stadt Schwerin anstellen.

Inhaltlich zwei durchaus verwandte Berufe: „Nun ja, man muß dafür schon soetwas wie einen „Sozialtick“ haben.“ Völlig neu sind die Probleme der Sozialarbeit für sie nicht. Sozial und politisch engagierte Christen wie Annette Köppinger haben schon zur

Zeit der geschlossenen Gesellschaft DDR einen reichen Erfahrungsschatz sammeln können. Das hinterläßt Spuren und Prägungen, und das kommt ihr in ihrer Arbeit jetzt zugute. Daraus auch kristallisiert sich ihr Credo „Eine Welt für alle“.

Die Mutter von vier Kindern („Ohne die Hilfe meines Mannes müßte ich aufgeben!“) beackert ein weites Feld. Sie gibt alle möglichen Tips und Hilfestellungen, z. B. bei der Formulierung von Anträgen und Briefen, sie erläutert die Gesetzeslage, berät in Fragen der Wohnungssuche, der Sozialhilfe, des Kindergeldes, der Arbeiterlaubnis usw., sie geht zu den Leuten, in die Wohnheime, sie ist „vor Ort“, und sie leistet die so wichtige Aufklärungsarbeit unter der einheimischen Bevölkerung. Dabei trifft sie noch immer auf viel zu viel Unkenntnis und Vorurteile — Annette Köppinger: „Miteinander leben und teilen können. Dabei wird man merken, daß man nicht ärmer sondern reicher wird.“ W.P.



Da braust denn der Verkehr ...

Foto: H. v. Keyserlingk

Autobahnplanung auf Hochtouren

Die Linienführung der West-Ost-Autobahn im Streckenabschnitt Lübeck-Rostock wird im Juni diesen Jahres durch das Wirtschaftsministerium vorliegen, erklärte Wirtschaftsminister Conrad-Michael Lehment (F.D.P.). Für die Vermessung und Linienführung der zukünftigen Autobahn tragen fünf Ingenieurbüros die Da-

ten der Gemeinden sowie die Umweltverträglichkeitsstudie dem Wirtschaftsministerium vorliegen, erklärte Wirtschaftsminister Conrad-Michael Lehment (F.D.P.).

Für die Vermessung und Linienführung der zukünftigen Autobahn tragen fünf Ingenieurbüros die Da-

ten der Gemeinden sowie die Umweltverträglichkeitsstudie dem Wirtschaftsministerium vorliegen, erklärte Wirtschaftsminister Conrad-Michael Lehment (F.D.P.).

Für die Vermessung und Linienführung der zukünftigen Autobahn tragen fünf Ingenieurbüros die Da-

ten eines rund 20 Kilometer breiten Planungskorridors zusammen.

Minister Lehment: „Trotz aller Eile werden wir die West-Ost-Autobahn sorgfältig und im Sinne der Bürger von Mecklenburg-Vorpommern und ihrer Umwelt planen.“

Wer möchte Musiklehrer werden?

Die Universität Rostock immatrikuliert im September 1991 wieder Studenten im Fach Musikpädagogik nach einem vierjährigen Studium Lehramtsanwärter (Sekundarstufe I bzw. nach einem fünfjährigen Studium (Sekundarstufe II) in den Sekundarstufen (Realschulen, Gymnasien, möglicherweise auch Gesamtschulen und Hauptschulen); in besonderen Fällen muß eine zweijährige Reifeprüfung absolviert werden. Der Abschluß bildet das 2. Staatsexamen. Das Studium ist mit einem Zweifachstudium koppelbar, das die Studenten unter anderem an der Universität Rostock verteilbar. Schulfächern selbst wählen können empfohlen werden Germanistik, Musik oder Geschichte.

Im Fach Musik sind musikalische, künstlerisch-praktische und didaktische Lehrveranstaltungen zu absolvieren. Voraussetzungen für das Studium sind die allgemeine Hochschulreife (in der Regel Abitur) oder Vorkenntnisse auf einem Instrumentarium eine bildungsfähige Gesangsstimme und vor allem Liebe zum Lehrberuf.

Interessenten können sich am Montag, dem 10. Juni 1991, ab 8.00 Uhr vormittags — auf Wunsch auch unverbindlich — Eignungstest unterziehen (Instrumentenspieler, Gesangslehrer, Musiklehrer). Noten und mobile Instrumente sind mitzubringen. Die erforderlichen Voranmeldungen sind bis Ende Mai 1991 zu richten an: Universität Rostock, Institut für Musikwissenschaft, Friedrich-Engels-Str. 103, O-2500 Rostock.



Mit dem Auto unterwegs

Das Deutschen liebste Ding: das Auto. Schon gut 30 Millionen davon tummeln sich auf unseren Straßen.

Abgesehen von Verkehrsstaus und Parkplatznöten lauern hier konkrete Gefahren für die Umwelt: 75 Prozent der jährlichen Emissionen an Kohlenmonoxid, 62 Prozent an Stickstoffoxiden und 53 Prozent der Belastung mit organischen Verbindungen stammen aus deutschen Auspuffanlagen.

Hier einige Tips des Bundesumweltministeriums, wie jeder Autofahrer seinen Beitrag dazu leisten kann, den Kraftstoffverbrauch und damit auch die Emission von Schadstoffen zu reduzieren:

- Kurze Wege zu Fuß gehen: der kalte Motor verbraucht zuviel Benzin.

- Keine Kavaliertour: neben der Lärmbelastung läßt sich durch gleichmäßiges Fahrweise der Verbrauch senken.

- Bei stehendem Auto, z.B. an der Schranke, Motor abstellen.

- Früher schalten und auf Höchstgeschwindigkeit verzichten.

- Unbenutzte Dachgepäckträger wegen des höheren Luftwiderstandes abmontieren.

Wer sich daran hält, schont nicht nur die Umwelt, sondern auch den eigenen Geldbeutel.

Achten Sie aufs Etikett

AID-Faltblatt Nr. 2045 neu aufgelegt

Nach dem Lebensmittelgesetz müssen Lebensmittel in Fertigpackungen folgende fünf Kennzeichnungselemente tragen: Verkehrsbezeichnung, Mengenangabe, Mindesthaltbarkeitsdatum, Verzeichnis der Zutaten und Hersteller. Was sagen diese Angaben aus? Wie steht's auf der Verpackung? Gibt es immer noch Ausnahmen? Diese Fragen beantwortet das 8-seitige Faltblatt „Achten Sie aufs Etikett“, das kürzlich beim AID neu aufgelegt wurde. Interessenten erhalten das Faltblatt gegen Einsendung von 1,00 DM in Briefmarken beim AID, Postfach 20 01 53, 5300 Bonn 2 (Bestell-Nr. 2045).

Es gibt wieder den Universitäts-Förderverein

Eine Truhe für die B 36

Einer der wertvollsten Kunstschätze aus dem Bestand der Universität Greifswald, die 36zeilige Gutenberg-Bibel mit Codewort B 36, soll noch in diesem Jahr der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Für das zu gründende Universitätsmuseum will die Gesellschaft von Freunden und Förderern der Ernst-Moritz-Arndt-Universität e. V. eine klimatisierte, einbruchgeschützte Glasvitrine stiften, um die bibliophile Kostbarkeit ausstellen zu können. Das beschloß der Vorstand auf seiner Zusammenkunft Ende April. Kostenpunkt 20 000 DM.

Den Verein gibt es seit Dezember 1990 wieder. Sein Gründungsdatum geht auf das Jahr 1918 zurück. In Glanzzeiten gehörten ihm über 400 pommersche Industrielle, Mittelständler, Professoren und Greifswalder Absolventen an. 1946 wurde die Gesellschaft sang- und klanglos aufgelöst.

Mit der Idee zur Wiederbelebung fand Frau Prof. Christine Schütt auf einer wissenschaftlichen Ta-

gung Kontakt zu ehemaligen Greifswaldern, namentlich zu Dr. Rudolf Kunze, der bis 1971 hier Biologie studiert hatte. Da die Präsidentschaft traditionell einem Auswärtigen angetragen wird, fiel die Wahl auf den jetzigen Inhaber der privaten immunbiologischen Forschungsstätte IMTOX im früheren Westteil Berlins.

Kunze umreißt die Aufgaben seiner Gesellschaft so: „Wir wollen uns Sympathien für die kleine aber feine Greifswalder Uni werben, die sie wieder werden sollte. Ich erinnere mich wenigstens da angenehm an Greifswald, die Intimität der Uni und des Städtchens waren dem Kontakt unter uns Studenten und zwischen den Fachgebieten sehr förderlich. Hier war man schnell aufgehoben, es entstanden bis heute andauernde Freundschaften, denen auch die Bespitzelung durch den Staatssicherheitsdienst nicht viel anhaben konnte.“

Die Gesellschaft will mit Geldspenden da helfen, wo das Budget

des Senates nicht hinlangt. Am Anfang steht die genannte Vitrine für die B 36 als Reverenz an ein europäisches Kulturgut ersten Ranges und an die Pommersche Evangelische Kirche. Der per Zeitungsanzeige offerierte Sonder-Lohn zur Wiederbeschaffung der kürzlich gestohlenen Professorenporträts hatte bisher leider keinen Erfolg gebracht. Als ein nächstes Projekt avisiert die Gesellschaft eine Gästewohnung für Wissenschaftler, wie sie an amerikanischen Universitäten üblich ist. Damit wolle man das unpersönliche und teure Hotelzimmer ersparen. Der Gast soll stets einen gefüllten Kühlschrank vorfinden. Motiv für solcherart Gastfreundschaft sind die oftmals schmalen Bezüge eines Wissenschaftlers am Beginn seiner Karriere.

Dr. Rudolf Kunzes Werdegang steht für die beschämende Seite neuerer (ost)deutscher Geschichte. Während des Greifswalder Studiums sah er sich mehrmals nahe der Exmantrikulation, Gewerkschaftsbuch und GDSF-Mitgliedsausweis

besaß er nicht. Seine Laufbahn an der Charité war nach wenigen Jahren verbaut. In der Nach-Biermann-Zeit wurde Kunze ins Stasigefängnis geworfen. Ein Staatsanwalt sah mit Solshenizyn in seinem Bücherregal die Straftat Feindschaft gegen die Sowjetunion als erwiesen an. Kunze ging schließlich 1981 nach Westberlin, wo er sich nach mehreren Jahren im öffentlichen Dienst mit IMTOX sein eigenes Forschungsinstitut aufbaute.

Auf die leidvollen Abschnitte seiner Biografie angesprochen, bemüht sich der Präsident der Fördergesellschaft, Groll nicht aufkommen zu lassen, „sonst wird es Rache und nicht Aufbauhilfe, wie wir sie vorhaben. Gucken wir lieber nach vorn.“ Die Greifswalder Universität habe nach seiner Auffassung die Chance, wieder ein geistiger Mittelpunkt im nordostdeutschen Raum zu werden, in dem Massenabfertigung nicht vorkommt.

Bisher haben sich 47 Förderer und Freunde im Vereinsbuch eingetragen. **Karl Heinze**

Das Pitztal

Ein Geheimtip für Familien

Das Tiroler Pitztal ist ein Geheimtip für Familien, die einen angenehmen und abwechslungsreichen Urlaub in einer wunderschönen Naturlandschaft verbringen wollen. Neben familienfreundlichen Unterkünften in Hotels, Gasthöfen und Pensionen bietet das Pitztal in allen vier Orten des Tales: Arzl, Wenns, Jerzens und St. Leonhard auch zahlreiche Unterkünfte auf Bauernhöfen an. In den über 100 landwirtschaftlichen Betrieben, die entweder Zimmer mit Frühstück oder auch Ferienwohnungen anbieten, sind natürlich Familien mit Kindern besonders gut aufgehoben. Sie bieten viel Abwechslung, gesunde bäuerliche Kost, Kontakt zu den Tieren und den notwendigen Freiraum für die erholungssuchende Familie aus der Großstadt. Das Tiroler Pitztal zählt ohne Zweifel, mit seinen rauschenden Wasserfällen, Talböden und hochalpinen Regionen zu den schönsten und ruhigsten Bergtälern Tirols. Nach Norden, durch vorgelagerte Bergstöcke geschützt, hat dieses Hochtal viele kli-

matische Vorzüge aufzuweisen. Es ist niederschlagsarm und nebelfrei. Die reine, trockene Luft und die intensive Sonneneinstrahlung bewirken ein ausgesprochenes Reizklima. Ein unerschöpfliches Wandergebiet mit zahlreichen Almen und Hütten



laden zum Wandern ein und die Familie kann wählen zwischen bequemen Tal- und Bergwanderungen, bis hin zur erlebnisreichen Gletscherwanderung. Eine herrliche Alpenflora und reiche Fauna begleitet sie. Für Abkühlung an heißen Tagen,

oder nach einer ausgiebigen Tagestour stehen ein beheiztes Freibad und kleinere Weiher zur Verfügung. Um der ganzen Familie zu einem gemeinsamen Wandererlebnis zu verhelfen und auch den Kontakt zwischen den einzelnen Urlauberfamilien herzustellen, werden von den örtlichen Tourismusverbänden spezielle Familienwandertage organisiert. Bei den wöchentlichen Kindererlebniswanderungen sind die Kleinen einmal ganz unter sich und dürfen unbeschwert, abenteuerliche Stunden unter Aufsicht einer Kindergärtnerin und Bergführer, verbringen.

Die abwechslungsreiche Landschaft mit ihrer vielfältigen Möglichkeit der Freizeitgestaltung, die kinderfreundliche Einstellung, sowie die günstigen Preise (Zimmer mit Frühstück fließend kalt und warm Wasser, Etagedusche ab DM 17,-) machen das Pitztal besonders für Familien interessant, die Ruhe und Erholung in einem wildromantischen Bergtal genießen wollen. **Glatz**

Wer macht mit?

Landsleute aus Olmütz und dem mittelmährischen Raum werden gebeten, sich mit uns zwecks Kontaktaufnahme in Verbindung zu setzen.

Wir sind ein unpolitischer und überkonfessioneller Verband und pflegen den menschlichen, kulturellen und landsmannschaftlichen Zusammenhalt untereinander. Die Verbindung umfaßt nicht nur den europäischen Raum sondern auch das überseeische Ausland. Das Heimatblatt OLMÜTZER BLÄTTER im monatlichen Turnus über alles Wissenswerte informiert.

Auskünfte erteilen: Vorsitzender: Herbert Prochazka, Wiesnermayerstr. 12, 8200 Rosenheim, Tel.: (08031) — 37886

Geschäftsführer: Ludwig Blahut, Am Hohen Weg 54, 8860 Nördlingen, Tel.: (09081) — 87211

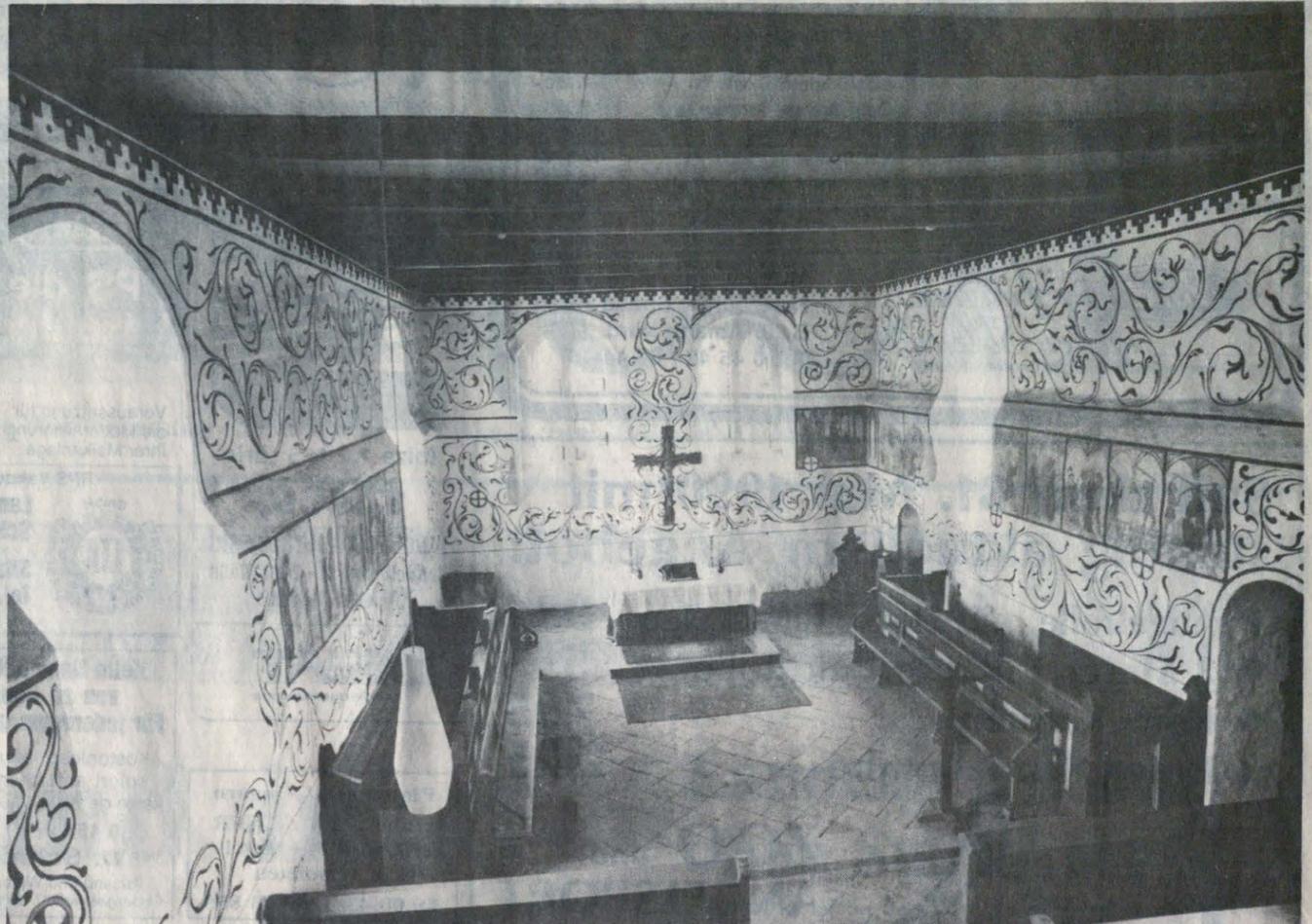
Der MA beißt an ...

„Der gemütliche Ludwig“ Reuterstadt Stavenhagen

Eigentlich ist diese Gaststätte eine ganz normale „Eckkneipe“. Auffallend nur durch seine sehr niedrigen Preise. Ein gutes schmeckendes Mittagessen bekommt man hier bereits ab 5 DM. Zwischen etwa sieben Gerichten können Sie wählen. Die Bedienung ist flink, höflich und auch mal zu einem Schwatz bereit.

Direkt neben der Kirche befindet sich die Gaststätte, man merkt aber auch das man sich in der Reuterstadt befindet. Der Dichter ist immer per Bild präsent. Wer weiß schon noch, daß der große Fritz Reuter ein Alkoholiker war? — Übrigens: das Bier ist hier auch gut und vor allem noch preiswert. **Chr. Döring**

Lug ins Land



BELOW

Wenn man diese Abbildungen anschaut, wird man fragen: „Wo liegt dieses Below? Wie gelangt man zu diesem Ort?“

Below ist ein kleines Dorf im mecklenburgischen Kreis Lübz. Es liegt unmittelbar im Landschaftsschutzgebiet „Dobbertiner Seenlandschaft und mittleres Mildeintal“, abseits jeder großen Straße. Rechts und links reicht der Blick über flache Wiesen, die „Dobbertiner Plage“ bis hin zum nächstgrößeren und auch außerhalb Mecklenburgs bekannten Ort Dobbertin.

Auf der weit in den Dobbertiner See ragenden Halbinsel ist am gegenüberliegenden Ufer das gut erhaltene Kloster zu sehen, weithin sichtbar die wohl einzige doppeltürmige Kirche Mecklenburgs. Die Geschichte des Klosters reicht zurück bis zum Jahr 1220 und ist außerordentlich interessant.

Weniger bekannt scheint dagegen die Belower Dorfgeschichte zu sein. Seit 1296 gehört der Ort zum Besitz des pommerischen Zisterzenserklosters Neukamp. Drei Jahre später ging das Kirchenpatronat als Schenkung an das Jungfrauenkloster Sonnenkamp in Neukloster über. So ist es heute noch in verbrieften Urkunden zu lesen.

Nach dem Verkauf Goldberger Ländereien an die mecklenburgischen Herzöge wurde das Bauerndorf Below 1455 in den landesherrlichen Dominalverband übernommen.

Zentrum dieses ehemals gemütlichen kleinen Dorfes mit den vielen alten strohgedeckten Fachwerk-

Bauernhäusern und Scheunen bildet heute noch die aus dem 14. Jahrhundert stammende Feldsteinkirche. Fast majestätisch wirkt der vorgesetzte hölzerne Turm mit seinen aus dem 15. Jahrhundert stammenden Bronzeglocken.

Aber man sollte es nicht versäumen, einen Blick in das Kircheninnere zu werfen. In diesem schlichten Raum mit seiner flachen Holzbal-

kendecke fallen besonders die spätmittelalterlichen Malereien an den Wänden auf. Ein in Augenhöhe umlaufender Bildfries stellt die Geschichte Jesus dar.

Die großherzogliche Kommission zur Erhaltung der Denkmäler in Mecklenburg veranlaßte vor genau 100 Jahren eine Restaurierung dieser Wandgemälde. Wie vorhandene Bauakten aus dem Jahre 1889

belegen, wünschte sogar seine Königliche Hoheit, der Großherzog von Schwerin, die vor der Ausführung durch den Wismarer Maler Michelsen zu fertigenden Skizzen zur Allerhöchsten Genehmigung.

Durch die jüngst erfolgte Eröffnung der Wismarer-Karower Eisenbahn war nun auch der Ort leicht zu erreichen und die Reise von Schwerin aus bequem an einem Tag zu machen!

So konnten im Mai 1891 der Geheime Archivrat Prof. Dr. Schlie und der Baumeister Dreyer aus Lübz die Restaurierung begutachten.

Aus der Kirche kommend und die Dorfstraße entlangschauend, ist heute kaum noch etwas von einer dörflichen Idylle geblieben. Auf den ehemals gut erhaltenen Dächern der alten Scheunen ragen nun die DDR-üblichen Wellasbestplatten neben Schilfrohr heraus. Viele Häuser befinden sich in keinem guten Zustand. Was soll aus dem Dorf Below in Mecklenburg werden?

Die Gemeinde scheint kaum in der Lage zu sein, diesen Zustand allein zu verändern.

Fragen stehen an, was wird wohl die kommende Zeit bringen, was wird aus der LPG, den Höfen, Stallungen und Häusern, und wo wird man wieder Arbeit finden.

Trotz dieser und weiteren Probleme im Land Mecklenburg dürfen diese Dörfer nicht wieder in Vergessenheit geraten. Es muß ihnen geholfen werden. Was wird also aus Below...?
Horst Alsleben

